



### TAG DER ARBEIT

DGB-Gewerkschaften rufen zu Kundgebungen am 1. Mai auf

### PERSONALRATSWAHL

GEW NRW setzt sich für Entlastung ein

### FORSCHUNGSPROJEKT

Wie Kinder trotz widriger Bedingungen gut aufwachsen

# LUST AUF THEATER? TICKETS GEWINNEN MIT DER GEW NRW



Foto: Ruhrfestspiele

## **JETZT MITMACHEN!**

Gewinne mit der GEW NRW und der *lautstark*.  
zwei von 20 Freikarten für die Ruhrfestspiele 2024!  
Was du dafür tun musst? Sende einfach eine E-Mail  
mit dem Kennwort „Ruhrfestspiele 2024“ an:  
[redaktion@lautstark-magazin.de](mailto:redaktion@lautstark-magazin.de)

Einsendeschluss: 12.05.2024. Gewonnene Tickets können nicht umgetauscht werden.  
Teilnahmeberechtigt sind ausschließlich Mitglieder der GEW NRW.

## **NICHT GEWONNEN? NICHT SCHLIMM.**

Gewerkschaftsmitglieder erhalten  
gegen Vorlage eines entsprechenden  
Nachweises Ermäßigungen gegenüber  
dem Freiverkaufspreis.

### Kartenstelle der Ruhrfestspiele:

Tel.: +49 2361 9218-0

Fax: +49 2361 921818

E-Mail: [kartenstelle@ruhrfestspiele.de](mailto:kartenstelle@ruhrfestspiele.de)

### Öffnungszeiten:

Mo–Fr: 9–18 Uhr

Sa: 10–14 Uhr

Über 828.000  
Personen haben  
an 252 Protesten  
in NRW gegen  
Rechtsextremismus  
teilgenommen.\*

\* unter der Annahme, dass jede teilnehmende Person nur auf eine Veranstaltung gegangen wäre

Quelle: Patricia Haensel/RND RedaktionsNetzwerk Deutschland



## Wir gegen Rechts

Anfang 2024 ging eine Protestwelle durch Deutschland. Auslöser waren die Berichte des Recherchenetzwerks CORRECTIV über ein Treffen zwischen radikalen Rechten und AfD-Politiker\*innen. Spätestens seitdem rücken Fragen in den Fokus wie: Was tut sich am rechten Rand in der Politiklandschaft sowie in der Gesellschaft? Was bedeuten die jüngsten Ereignisse für unsere Demokratie? Und welche Rolle kommt der politischen Bildung zu?

## VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

---

- 08 **Die neue Gefahr von rechts**  
Der „rechte Rand“ des bundes-  
deutschen Parteiensystems
- 12 **Ein Bären dienst für  
künftige Generationen**  
Studie erklärt Auswirkungen  
der AfD-Politik
- 14 **„Vermehrte Beunruhigung  
über Beunruhigung“**  
Wie ist die Stimmung  
in Deutschland?

## ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

---

- 20 **Gewerkschaften gegen Rechts**  
Aktiv für Toleranz, Demokratie  
und Solidarität
- 22 **Eine Niederlage der  
bürgerlichen Mitte?**  
Verbot von Gender-Sonderzeichen
- 27 **Deine Stimme zählt!**  
Dossier zur Personalratswahl 2024  
an Schulen

## EINMISCHEN

Politik und Veränderung

---

- 42 **Demokratie erlernt jede  
Generation aufs Neue**  
Mit politischer Bildung sich  
rechter Hetze widersetzen
- 44 **Nicht auf den großen Wurf der  
Politik warten!**  
Rassismuskritische Bildungsarbeit  
von Kita bis Hochschule
- 47 **Gelingendes Aufwachsen  
ermöglichen**  
Forschung zu Konstellationen  
der Resilienz von Kindern

---

06 / 26 **Kleine Pause**

50 **Ich bin die GEW NRW!**

51 **Ausblick & Impressum**

Dieser *lautstark.* liegt als Teilbeilage  
der Wandplaner sowie für Mitglieder im  
Ruhestand die Broschüre *Unruhestand* bei.

## Kleine Pause

Kundgebungen zum 1. Mai

### **MEHR LOHN. MEHR FREIZEIT. MEHR SICHERHEIT.**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften ruft der DGB am 1. Mai 2024 zu Kundgebungen auf.

Das Motto lautet: *Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit.* Ayla Çelik, Vorsitzende der GEW NRW, wird an diesem Tag in Oberhausen sprechen und an einer Talkrunde zum Thema Bildungslandschaft mit weiteren Gewerkschafter\*innen der GEW und Oberbürgermeister Daniel Schranz teilnehmen. Stephan Osterhage-Klingler, stellvertretender Vorsitzender der GEW NRW, steht in Remscheid am Redepult.

#### **Weitere Infos**

[tip.de/mai-kundgebung-oberhausen](http://tip.de/mai-kundgebung-oberhausen)

[tip.de/mai-kundgebung-remscheid](http://tip.de/mai-kundgebung-remscheid)



## **Bis zu 20.000 Fachkräfte können bis 2030 in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW fehlen.**

Diese Prognose ist das Ergebnis einer Studie des Forschungsverbunds Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund. Die GEW NRW sieht die Landesregierung hier klar in der Pflicht, gegenzusteuern und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

#### **Weitere Infos**

[tip.de/gew-nrw-fachkraeftesituation-in-kitas](http://tip.de/gew-nrw-fachkraeftesituation-in-kitas)

[tip.de/studie-fachkraefte](http://tip.de/studie-fachkraefte)



#### **Personalratswahlen 2024**

### **MACH VON DEINEM STIMMRECHT GEBRAUCH**

Beschäftigte im öffentlichen Dienst in NRW können bis Juni 2024 ihre Stimme für ihre Interessenvertretungen abgeben. Aufgerufen dazu sind auch GEW-Mitglieder, die als wissenschaftliche Beschäftigte an Hochschulen tätig sind, als Beschäftigte in Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft – wie in Kitas, Jugendhilfeeinrichtungen oder an Volkshochschulen – angestellt sind oder als Landesbeschäftigte im Bildungsbereich an Schulen (→ Seiten 27–40) arbeiten. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Personalvertretungen, die unter anderem

- über eine gerechte Eingruppierung wachen,
- sich für die Rechte von Beschäftigten einsetzen und
- Vereinbarungen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen treffen.

#### **lautstark.-FAQ zu Personalratswahlen an Hochschulen**

[tip.de/personalratswahlen-2024-hochschulen](http://tip.de/personalratswahlen-2024-hochschulen)

#### **DGB: Personalratswahlen 2024**

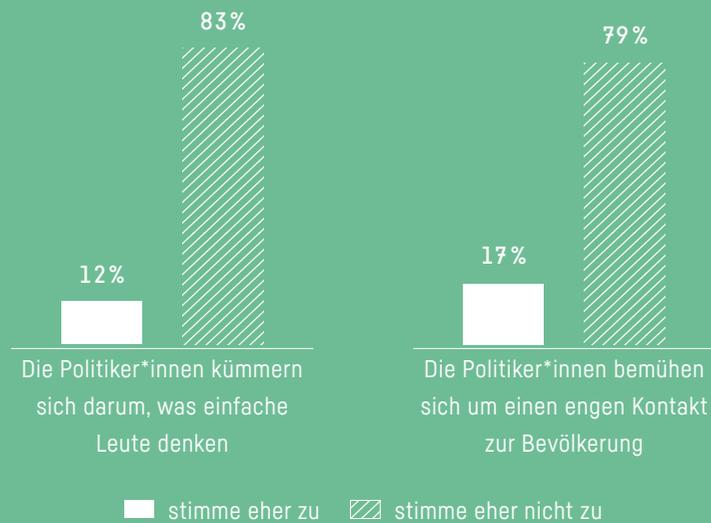
[tip.de/personalratswahlen-2024](http://tip.de/personalratswahlen-2024)

# VERSTEHEN

## Gesellschaft und Verantwortung

### Wie ist das Verhältnis zwischen Bürger\*innen und Politiker\*innen?

Eine Umfrage aus März 2024 zeigt: aus Sicht der Bürger\*innen eher distanziert.



Quelle: infratest dimap für WDR, [t1p.de/umfrage-wdr](https://t1p.de/umfrage-wdr)

# Die neue Gefahr von rechts

Eine Eintagsfliege? Ein Problem, das sich von selbst erledigen wird?  
Politologin Gudrun Hentges gibt einen Überblick über Rechtsaußen-  
Parteien in Deutschland und warnt davor, die AfD zu unterschätzen.

Das gesellschaftliche Phänomen des Rechtsextremismus ist keineswegs einheitlich. Unter seinem Dach finden sich unter anderem rassistische, antisemitische, nationalistische oder antifeministische Ideologien, die im zeitlichen Verlauf ganz unterschiedliche Ausprägungen angenommen haben. Gemeinsam ist rechtsextremen Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, dass sie von der Prämisse einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit aller Menschen ausgehen. In Zusammenhang damit lehnen sie das Gleichheitsgebot der Deklaration der Menschenrechte ab.

Rechtsextreme Ideologien und Organisationen fordern eine ethnische Homogenität von Völkern. Sie streben eine Gesellschaft an, in der die völkische, kollektivistische Gemeinschaft vor dem Individuum Priorität hat. Sie fordern von den Bürger\*innen eine Unterwerfung unter die staatliche Macht, genauer: den autoritären Nationalstaat. Sie lehnen gesellschaftliche Heterogenität, den kulturellen Pluralismus und Wertepluralismus einer liberalen Gesellschaft ab, wollen Prozesse der Demokratisierung rückgängig machen und bekämpfen multikulturelle Gesellschaften. Demnach handelt es sich beim Rechtsextremismus um eine Ideologie, die antimodernistisch ausgerichtet ist. Je nach gesellschaftlicher Konjunktur reagiert diese Ideologie auf soziale Verwerfungen, auf multiple Krisen oder auf Kriege.

## Parteien am rechten Rand und ihre Geschichte

Sozialistische Reichspartei (SRP), Nationaldemokratische Partei (NPD), Die REPublikaner (REPs), Deutsche Volkunion (DVU), Die Heimat, Der Dritte Weg, Freie Sachsen – unter diesen Namen firmierten oder firmieren Rechtsaußen-Parteien in der Nachkriegszeit, ab Mitte der 1960er-Jahre, in den 1990er-Jahren oder heute.

Während die SRP 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, da sie sich in der Nachfolge der NSDAP sah, existiert die NPD – 1964 gegründet – bis heute. Im Juni 2023 benannte sie sich in „Die Heimat“ um. Bis heute zeichnet sich diese rechtsextreme Partei, die im November 2024 ihren 60. Gründungstag feiern wird, durch eine völkisch-nationalistische und revanchistische – also auf gewaltsame Vergeltung politischer oder militärischer Niederlagen ausgerichtete – Ideologie aus.

So existieren die NPD und ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationalisten (JN), seit Jahrzehnten als rechtsextreme und teils offen neofaschistische Partei. Der Bundesrat stellte einen Verbotsantrag, der jedoch im Januar 2017 vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit den fehlenden „Anhaltspunkten für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“. Mit anderen Worten: In dem Urteil wurde festgehalten, dass die NPD ein politisches Konzept vertrete, das auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sei. Die NPD wolle die bestehende Verfassungsordnung beseitigen und arbeite planvoll und mit hinreichender Intensität, um den demokratischen Rechtsstaat und das föderale System zu zerstören. Die NPD strebe einen autoritären Nationalstaat und eine ethnisch definierte Volksgemeinschaft an. Zum damaligen Zeitpunkt kam das Bundesverfassungsgericht zu der Einschätzung, es fehle jedoch an konkreten Anhaltspunkten, um die Voraussage zu treffen, dass die NPD ihr Ziel erreichen werde. Demnach wurde der Antrag des Bundesrats auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD und Auflösung ihrer Unterorganisationen abgelehnt.

Die REPs, gegründet 1983, erzielten 1989 einen Wahlerfolg bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus und zogen mit 7,5 Prozent der Stimmen erstmals in ein Landesparla- >>



Foto: Dominik Türk / pexels.com

ment ein. Bei den Wahlen zum Europaparlament 1989 errangen die REPs 7,1 Prozent der Stimmen und stellten sechs Abgeordnete. Vertreten war die rechtsextreme Partei von 1992 bis 2001 im Landtag von Baden-Württemberg und von 1989 bis 1990 im Berliner Abgeordnetenhaus. In den Jahren 1985 bis 1987 waren die REPs mit drei Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Diese Gruppe kam dadurch zustande, dass drei CDU-Abgeordnete in der Bürgerschaft zu den REPs übertraten. Nach ihrem Höhenflug Ende der 1980er-Jahre versanken die REPs jedoch wieder in der Bedeutungslosigkeit. Lediglich in Baden-Württemberg waren sie bis 2001 im Landtag vertreten.

### Lange unterschätzt: die AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde in den ersten Jahren nach ihrer Gründung im Frühjahr 2013 häufig falsch eingeschätzt beziehungsweise unterschätzt. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass ab Mitte der 1990er-Jahre auch andere rechtspopulistische Formationen am rechten Rand entstanden und wieder verschwunden seien, zum Beispiel Der Bund freier Bürger (1994 bis 2000), die Pro-Parteien (entstanden 1996 in Köln) oder auch Die Freiheit (2010 bis 2016).

Zudem war unklar, in welche Richtung sich die AfD, die auch häufig als Professorenpartei bezeichnet wurde, entwickeln werde. Gegründet unter anderem von dem Hamburger Volkswirtschaftler Bernd Lucke, setzte die AfD in den ersten Jahren ihre Kritik am Rettungspaket für Griechenland – verbunden mit einer harschen EU-Kritik – auf die Agenda. In den Anfangsjahren existierten unter dem Dach der AfD verschiedene politische Strömungen:

- die national-konservative Strömung, unter anderem repräsentiert durch Alexander Gauland und Beatrix von Storch
- die national-neoliberale Strömung, unter anderem repräsentiert durch Bernd Lucke
- der völkische Flügel, unter anderem repräsentiert durch Björn Höcke, Hans-Thomas Tillschneider und Andreas Kalbitz

Die national-neoliberalen und marktradikalen Kräfte innerhalb der AfD fordern einen Rückzug des

Staates aus der Gesellschaft, einen Abbau der Daseinsvorsorge und einen massiven Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Der völkische Flügel tritt offen nationalistisch, rassistisch, antisemitisch und antifeministisch auf. Während die national-neoliberale beziehungsweise marktradikale Strömung im Zuge des Machtkampfes an Einfluss verloren hat, konnte sich innerhalb der Partei nach und nach der völkische Flügel um Björn Höcke durchsetzen.

### Heute ist nachweisbar:

#### Die AfD ist in Teilen rechtsextremistisch

Eine Analyse der Programmatik und Ideologie der AfD lässt keinen Zweifel daran, dass sich deren Positionen auszeichnen durch Ungleichwertigkeitsideologien und durch die Ablehnung des Gleichheitsgebots der Deklaration der Menschenrechte. Das gilt für das Parteiprogramm, für Reden, die in der Plenardebatte im Bundestag oder in den Landtagen gehalten werden, das gilt auch für Reden auf Parteiversammlungen oder etwa Quellen und Dokumente, die von AfD-Funktionär\*innen oder Mandatsträger\*innen verbreitet werden, teils auch über Social Media.

Die universellen Menschenrechte werden seitens der AfD immer wieder relativiert oder gar bestritten. Bezugsgröße der Programmatik und Ideologie sind das deutsche Volk, die deutsche Kultur oder etwa „die deutsche Identität als Leitkultur“, wie es im AfD-Grundsatzprogramm von 2016 heißt.

Das Institut für Menschenrechte kommt in seiner Studie *Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes* zu der Einschätzung, dass „rassistische und rechtsextreme Positionen [...] im öffentlichen und politischen Raum deutlich zugenommen“ haben. Der Verfasser Hendrik Cremer wirft die Frage auf, an welchen Anzeichen rassistische und rechtsextreme Positionen zu erkennen seien. Er argumentiert, dass die unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte die zentralen Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung seien. Diese sind festgeschrieben in Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Demnach genießt jeder Mensch aufgrund seines Menschseins die gleiche Menschenwürde und die gleichen Rechte.

Das Diskriminierungsverbot, das in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes geregelt ist, soll sicherstellen, dass Menschen, die bestimmten Gruppen angehören, die immer wieder Diskriminierung ausgesetzt sind, geschützt werden. Dieses verfassungsrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot umfasst auch das Verbot einer rassistischen Diskriminierung. Demnach dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer phänotypischen Merkmale wie ihrer Hautfarbe, ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Herkunft oder aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit benachteiligt werden.

Die Studie des Instituts für Menschenrechte konnte anhand zahlreicher Beispiele aufzeigen, dass sich rassistische, national-völkische Positionen und rechts-extreme Ideologien in den Grundsatzpapieren der AfD finden lassen, die gegen die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie das Diskriminierungsverbot verstoßen. Auch in Bezug auf die „Strategien zur Durchsetzung ihrer Positionen“ findet Hendrik Cremer zahlreiche Beispiele: Von Alice Weidel stammt die Aussage, die „politische Korrektheit“ gehöre auf den „Müllhaufen der Geschichte“; Alexander Gauland sprach sich dafür aus, dass „wir in der Tat versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“. „Und ja, da findet eine Ausweitung der sagbaren Zone statt, und das ist auch beabsichtigt“, so Hendrik Cremer.

Seit Erscheinen dieser Analyse des Instituts für Menschenrechte im Jahre 2021 ist die AfD im Schulterschluss mit Kräften wie der Identitären Bewegung noch einen Schritt weitergegangen. Überdeutlich wurde dies an dem Geheimtreffen im Landhaus Adlon am Lehnitzsee in der Nähe von Potsdam, das im November 2023 stattgefunden hatte und im Januar 2024 durch CORRECTIV aufgedeckt wurde. Spätestens seit diesem Treffen gibt es keine Zweifel mehr am ideologischen Kern der AfD: der Herstellung einer ethnisch homogenen völkisch autoritären Gemeinschaft.

### **Wir brauchen Gegenstrategien statt Schweigen**

Es bleibt zu hoffen, dass die großen Demonstrationen, die bundesweit als Reaktion auf das Geheimtreffen stattfanden, dafür sorgen werden, dass die Gefahr von rechts nicht verharmlost wird. Vielmehr gilt es, in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich zu machen, dass jene Akteur\*innen der populistischen

oder extremen Rechten, die solche Pläne schmieden, die Menschen- und Grundrechte angreifen und unterwandern. Oder mit den Worten des Theologen Martin Niemöller: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ //

**Prof.in Dr.in Gudrun Hentges**

Leitung des Lehr- und Forschungsbereichs  
Politikwissenschaft, Bildungspolitik und  
politische Bildung an der Universität zu Köln



### **TIPPS ZUM WEITERLESEN**

Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges,  
Gerd Wiegel: *Rechtspopulisten im Parlament.  
Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*  
Westend Verlag, Oktober 2018, 256 Seiten, 20 Euro

Hendrik Cremer: *Nicht auf dem Boden des  
Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische  
und rechtsextreme Partei einzuordnen ist*  
Deutsches Institut für Menschenrechte, 2021, 32 Seiten,  
kostenfreier PDF-Download unter [tip.de/cremer-afd](http://tip.de/cremer-afd)

Gudrun Hentges: *(Neo)Faschismus, Rechts-  
radikalismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus.  
Definitionen und theoretische Konzepte.*  
In: Emre Arslan u. a. (Hg.), *Radikalisierung  
und Prävention im Fokus der Sozialen Arbeit,*  
Seite 18 bis 28  
Beltz Juventa Verlag, 2023, 226 Seiten, 32 Euro

Hans-Gerd Jaschke: *Rechtsextremismus und  
Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*  
Westdeutscher Verlag, 2001, 194 Seiten, 19,90 Euro

# Ein Bären dienst für künftige Generationen

Könnte die Alternative für Deutschland (AfD) ihr politisches Programm in die Praxis umsetzen, würden ihre eigenen Wähler\*innen am meisten darunter leiden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie *Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler\*innen* des Ökonomen Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).



## MARCEL FRATZSCHER

ist Wissenschaftler, Autor und Kolumnist zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

## DIW-Studie: Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler\*innen

[t1p.de/studie-afd-paradox](http://t1p.de/studie-afd-paradox)

### Welche Auswirkungen hat die AfD-Politik für ihre Wähler\*innen und was bedeutet das AfD-Paradox konkret?

Marcel Fratzscher: Wir sehen zunehmend einen öffentlichen Diskurs in Deutschland, der von Populismus und alternativen Fakten geprägt ist. Dabei versucht vor allem die AfD, aber auch manche\*r Politiker\*in demokratischer Parteien, verletzte Gruppen unserer Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Es wird zum Beispiel behauptet, soziale Leistungen und Hilfen für manche gingen zulasten anderer Gruppen, die deshalb weniger Leistungen, einen geringeren Lohn oder eine schlechtere Unterstützung erhalten würden.

Das AfD-Paradox beschreibt die Tatsache, dass vor allem Wähler\*innen der AfD besonders stark unter einer AfD-Politik, die den oben beschriebenen Populismus als Grundlage hat, leiden würden. Denn viele Wähler\*innen der AfD gehören selbst zu verletzlichen Gruppen: Sie haben tendenziell häufig weniger Einkommen und Ersparnisse, leben in ländlichen Räumen und strukturschwächeren Regionen, haben eine mittlere oder geringere Bildung und sind oft nicht sehr mobil.

Die AfD fordert Kürzungen sozialer Leistungen, Steuersenkungen für Spitzenverdiener\*innen, weniger staatliche Hilfen und damit auch eine schlechtere Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Diese Partei will Europa schwächen und die Grenzen nicht nur für Migrant\*in-

nen schließen, sondern Deutschland auch wirtschaftlich abschotten. Das würde viele Millionen Arbeitsplätze in unserem Land kosten, was vor allem AfD-Wähler\*innen teuer zu stehen kommen und viele den eigenen Arbeitsplatz kosten würde.

Kurzum: Die AfD-Politik würde enorme wirtschaftliche Kosten haben und die gesellschaftliche Polarisierung verschärfen. Viele der AfD-Wähler\*innen wären die Hauptleidtragenden einer solchen Politik.

### Wie kommt es dazu, dass Bürger\*innen die Politik einer Partei unterstützen, die dem eigenen Wohlergehen und den eigenen Interessen stark zuwiderläuft?

Marcel Fratzscher: Zahlreiche Studien und Umfragen zeigen, dass ein Großteil der AfD-Wähler\*innen nicht per se rechtsextrem oder fremdenfeindlich ist. Viele sind frustriert und fühlen sich von der Politik allein gelassen. Es mangelt an Wertschätzung, die Menschen haben reale Zukunftsängste. Diese Sorgen und Frustrationen sind verständlich und legitim.

Mit der Wahl der AfD wollen diese Personen den etablierten Parteien einen Denkzettel verpassen und nicht generell für eine wirtschaftsschädliche und fremdenfeindliche Partei stimmen. Sie realisieren dabei jedoch nicht, dass sie sich dadurch selbst am meisten schaden und auch künftigen Generationen einen Bärendienst erweisen.

### Wie ließe sich diese Fehleinschätzung von Bürger\*innen beheben? Was muss in den Bereichen Politik und Gesellschaft generell und insbesondere mit Blick auf die in diesem Jahr anstehenden Landtagswahlen getan werden?

Marcel Fratzscher: Wir benötigen in Deutschland einen ehrlicheren öffentlichen Diskurs über die Fragen, die die Menschen in unserer Gesellschaft umtreiben. Die Verantwortlichen in der Politik müssen offener Fehler eingestehen, aber auch besser kommunizieren, was der Staat leisten kann und was nicht. Viele Personen in Wirtschaft und Gesellschaft machen es sich in diesen schwierigen Zeiten zu leicht, indem sie die Politik als Sündenbock für alle Probleme missbrauchen. Dies wird jedoch nicht funktionieren, denn auch Gesellschaft und Wirtschaft müssen mehr Verantwortung übernehmen. Gerade die Stärkung der Bildung für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene spielt für einen solchen öffentlichen Diskurs eine enorm wichtige Rolle. Unsere Demokratie kann nur mit mündigen, verantwortungsvollen Menschen funktionieren. Erst Bildung und ein konstruktiver öffentlicher Diskurs machen die Bürger\*innen zum Souverän. //

Die Fragen stellte Denise Heidenreich.

freie Journalistin

# „Vermehrte Beunruhigung über Beunruhigung“

Während die gesellschaftliche Mitte laut aktueller Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nach rechts rückt, demonstrieren Tausende Menschen Woche für Woche gegen die AfD.

Was sagt das über den Zustand unserer Gesellschaft aus?

Und wer kann was dagegen tun? Zwei Experten geben Antworten.

Am 10. Januar 2024 schlug ein Artikel des Recherchezentrums CORRECTIV ein wie eine Bombe: Thema war ein Treffen radikaler Rechter am 25. November 2023 in Potsdam, an dem auch AfD-Politiker\*innen sowie Mitglieder der CDU und der konservativen Werteunion teilgenommen hatten. „Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland“, hieß es in dem Beitrag über Massenabschiebungen aufgrund rassistischer Kriterien. Hunderttausende Menschen gehen seitdem gegen Rechtsextremismus und die AfD auf die Straße.

Was sich in einigen Köpfen derzeit Besorgniserregendes abspielt, gibt auch die im September 2023 veröffentlichte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit dem Titel *Die distanzierte Mitte* wieder. Die Mitte der Gesellschaft werde zunehmend empfänglich für extremistische und demokratiefeindliche Einstellungen, heißt es in der seit 2006 alle zwei Jahre erscheinenden Untersuchung. Jede zwölfte Person teilt demnach ein rechtsextremes Weltbild. Der Anteil der Befragten mit klar rechtsextremer Orientierung stieg von zwei bis drei Prozent in früheren Jahren auf acht Prozent. 38 Prozent vertreten verschwörungsgläubige, 33 Prozent populistische und 29 Prozent völkisch-autoritär-rebellische Positionen.

Unterdessen sinkt das Vertrauen in die Institu-

tionen und das Funktionieren der Demokratie auf unter 60 Prozent. Inzwischen denken 32 Prozent, Medien und Politik steckten unter einer Decke. Mit 30 Prozent stimmen fast doppelt so viele Befragte wie noch vor zwei Jahren der Aussage zu: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk.“ Ein Fünftel meint: „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.“

## Gründe für die Distanzierung von Demokratie sind vielfältig

Wer aber ist eigentlich diese Mitte, die so tickt? „Zur Mitte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft können alle gehören, die keine extremistischen Normen und Werte vertreten, die die Verfassung infrage stellen“, erklärt Prof. Dr. Andreas Zick, Studienleiter und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Laut Studie setzt sich die untersuchte Mitte dabei aus vielfältigen sozialen und kulturellen Gruppen zusammen: „Es ist jene Mitte, die von den Parteien als solche angesprochen wird.“ Und die es zu verteidigen gilt: „Wenn rechtsextreme Ideologien in die Mitte eindringen und sich dort normalisieren, wird die Demokratie instabil“, warnt Andreas Zick.

»

+++

Friedrich-Ebert-Stiftung:  
*Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme  
und demokratiegefährdende  
Einstellungen in Deutschland 2022/23*  
[t1p.de/mitte-studie-2023](https://t1p.de/mitte-studie-2023)

Recherchenetzwerk CORRECTIV:  
*Geheimplan gegen Deutschland*  
[t1p.de/correctiv-recherche-afd](https://t1p.de/correctiv-recherche-afd)



Die Gründe für die Distanzierung von der Demokratie beziehungsweise den Normen und Werten des Grundgesetzes sind vielfältig: „Viele Befragte übernehmen radikale und populistische Ideen und Weltbilder und normalisieren den Rechtsextremismus, weil sie glauben, dass sie damit ihren Status, ihren Besitzstand, ihre vermeintliche Vormachtstellung als Deutsche erhalten können“, sagt der Bielefelder Konfliktforscher. „Sie öffnen sich für Rechtsaußen, aber nicht unbedingt, weil es ihnen schlechter geht, sondern weil sie an Opfermythen und Bedrohungen glauben, wie sie im Rechtspopulismus gezeichnet werden.“ Die Befragten seien der Meinung, das Land sei instabil und man könne den staatlichen Institutionen nicht trauen.

Andreas Zick betont zudem: „Das muss auch die Gewerkschaften interessieren, denn Gewerkschaftsmitglieder sind in unserer Studie offener für rechtsextreme Einstellungen als andere.“ Rechtsaußen-Parteien wie die AfD suchten aktiv Gewerkschaftsmitglieder auf. Deren Unterstützung sei attraktiv, um das Bild aufrechtzuerhalten, man vertrete das einfache Volk.

#### Politik sollte Demokratiebildung fördern

Der Politik empfiehlt der Wissenschaftler, zunächst Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu gehöre es, ein positives Zukunftsbild der Gesellschaft zu zeichnen und dieses besser zu kommunizieren. „Die Erfolge durch Zuwanderung, der Energiewende und der Stabilisierung der Wirtschaft kommen nicht an“, sagt er. „Politik kann sich aus der Reflexhaltung begeben, die immer nur auf rechte Mythen – etwa die Macht ‚woker Minderheiten‘ und die vermeintliche Unterdrückung des Volkes – reagiert.“

Derzeit sei die Zeit für einen Demokratieschub günstig, unterstreicht Andreas Zick und fordert: „Politik kann Demokratieprojekte und insbesondere Demokratiebildung und -erziehung stärken. Schulen und Hochschulen sind heute wichtiger denn je. Bildungseinrichtungen können stärker viele und andere Meinungen zulassen und anhören. Sie haben

## LAUT MITTE-STUDIE 2023

### VERTRETEN DIE BEFRAGTEN ZU ...

# 38 %

verschwörungsgläubige Positionen,

# 33 %

populistische Positionen und

# 29 %

völkisch-autoritär-rebellische Positionen.

Freiheiten, die Betriebe und Behörden nicht haben.“ Das könnten sie für Bildungsformate nutzen, in denen junge Menschen lernten, Konflikte konstruktiv auszutragen.

### Ständige Echtzeiteinblicke haben Folgen für den Blick auf die Stimmung in der Gesellschaft

Das Erstarken rechter Kräfte auf der einen und die Proteste dagegen auf der anderen Seite zeichnen derweil nicht automatisch das Bild eines gespaltenen Landes. Für Nils C. Kumkar vom SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen lässt sich die Gesellschaft nicht einfach in zwei Lager teilen: Nicht alle, die unzufrieden seien und die Ampelkoalition ablehnten, wählten die AfD. Umgekehrt unterstützten nicht alle, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten, die Regierungspolitik.

„Man kann aber feststellen, dass sich die Gesellschaft noch nie so gründlich dabei beobachtet hat, nicht einer Meinung zu sein“, betont er. Das habe mediale Gründe: „Es gibt ständig Echtzeiteinblicke in das, was sich als Stimmung der Bevölkerung präsentiert“ – Umfragen der Meinungsforscher\*innen,

Artikel und TV-Berichte über deren Erkenntnisse und schließlich aufgeregte Posts in sozialen Medien. Der Unterschied zu früher: „Wenn die Leute nicht einer Meinung waren, haben sie das in vielen Fällen gar nicht mitbekommen.“ Nils C. Kumkar spricht aktuell auch von einer „vermehrten Beunruhigung über Beunruhigung“: „Es gibt eine nervöse Unruhe, die ironischerweise auch daraus gespeist wird, dass überall transportiert wird, so nervös und unruhig waren wir noch nie.“

Mit Blick auf Gruppen, die besonders unzufrieden seien, sagt der Bremer Forscher: „Wir beobachten, dass fast alle Unterstützer\*innen der AfD sich zurückgesetzt fühlen und meinen, andere profitierten auf ihre Kosten.“ Dieses Ressentiment tauche aber aus ganz unterschiedlichen Klassen auf.

### Politisch andere Themen setzen und ehrlich sein

Doch wie geht man nun mit diesen Stimmungen und Befindlichkeiten in der Bevölkerung um? „Erst mal sollte man sich klarmachen, dass Unzufriedenheit normal ist“, rät Nils C. Kumkar. In einer demokratischen Zivilgesellschaft gehe es nicht ohne Konflikte

»



„Man darf nicht der Illusion aufsitzen, man könnte Rechtsextremismus über Nacht wegbilden.“

**NILS C. KUMKAR**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen

„Wenn rechtsextreme Ideologien in die Mitte eindringen und sich dort normalisieren, wird die Demokratie instabil.“



### PROF. DR. ANDREAS ZICK

Leiter der *Mitte-Studie* und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld

darüber, wie es weitergehen und was sich ändern müsse. Ehrlichkeit sei wichtig: „Man darf sich nicht in die Tasche lügen, dass es eine Lösung gäbe, mit der am Ende alle Probleme gelöst und alle zufrieden wären.“ Der Zustand einer Gesellschaft hänge auch viel davon ab, wie gut sie in der Lage sei, Widersprüche zu verarbeiten.

Der Experte plädiert darüber hinaus dafür, politisch andere Themen zu setzen. Die AfD habe nicht davon profitiert, dass mehr Menschen rechter geworden wären, sondern dass Migration spätestens seit 2015 als Schicksalsfrage verhandelt worden sei. „Hätte die Gesellschaft mit derselben Vehemenz über andere Themen gestritten, hätte die AfD sehr viel größere Schwierigkeiten gehabt. Die AfD ist der Gegner, der gewachsen ist, weil Migration so zentral gestellt wurde“, erklärt er.

Handlungsmöglichkeiten sieht Nils C. Kumkar derzeit vor allem bei Medien und Wissenschaft. Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen hätten weniger systemischen Druck als die Politik, weil sie

nicht um Stimmen wetteifern müssten, sagt er. „Sie könnten aufklärend und einordnend vermitteln, welche Veränderungen wahrscheinlich unausweichlich sind und jetzt angepackt werden müssen.“ Bildung spiele zwar eine sehr wichtige Rolle bei der Förderung demokratischer Werte und des kritischen Denkens, sei aber eher eine langfristige Strategie. „Man darf nicht der Illusion aufsitzen, man könnte Rechtsextremismus über Nacht wegbilden“, sagt er.

Der Experte verweist darüber hinaus darauf, dass die Zivilgesellschaft das Problem auch von sich aus angegangen sei. „Was wir bei den Protesten gegen die AfD beobachten, ist ein wichtiges Zeichen: Es gibt in der Bevölkerung einen mobilisierbaren Unwillen gegen Rechtsextremismus. Und das kriegen die Bürger\*innen augenscheinlich allein hin, ohne dass ihnen dafür jemand einen klaren Plan oder eine Anleitung an die Hand gegeben hat.“ //

**Nadine Emmerich**  
freie Journalistin



# Gewerkschaften gegen Rechts



## DIE AFD IST ...

1. ... für Steuergeschenke an Superreiche
2. ... gegen die Interessen der Beschäftigten
3. ... gegen eine sichere Rente
4. ... gegen Arbeitnehmer\*innen-schutz und Mitbestimmung
5. ... für ein Familien- und Geschlechterbild von vorgestern

## DGB-FLYER ENTLARVT POLITIK DER AFD

Der DGB-Bezirk NRW hat einen Flyer erstellt, der in fünf übersichtlichen Argumenten aufzeigt, warum die AfD keine Alternative für Beschäftigte ist. Denn sie ist arbeitnehmer\*innenfeindlich, rassistisch und rechtsextrem. Der Flyer kann zum Verteilen ausgedruckt werden.

**DGB NRW: Flyer #NoAfd – Keine Alternative für Beschäftigte**  
[t1p.de/flyer-no-afd](http://t1p.de/flyer-no-afd)



## „REDEN UND MACHEN!“ GEWERKSCHAFTEN GEGEN AUTORITÄRE HALTUNGEN

lautstark. 06/2023 | Autoritäre Haltungen:  
Mehr Miteinander

In unserem lautstark.-Interview haben wir mit Ralf Reinstädtler von der IG Metall über solidarische Selbstbefähigung und gewerkschaftliche Verantwortung gesprochen.

Lies hier das **lautstark.-Interview**

[t1p.de/lautstark-gewerkschaften-gegen-rechts](http://t1p.de/lautstark-gewerkschaften-gegen-rechts)

## AFD – DER FEIND DER BESCHÄFTIGTEN

DGB-Themen: Politik & Gesellschaft

Der DGB nimmt die Politik der AfD unter die Lupe und zeigt: In vielen Politikbereichen vertritt die Partei nicht die Interessen der Beschäftigten.

Lies hier den **DGB-Beitrag**

[t1p.de/afd-beschaeftigte](http://t1p.de/afd-beschaeftigte)

## GEWERKSCHAFTEN GEGEN RECHTS

Aufrufe zu Demos und Kundgebungen

Seit Anfang 2024 geht eine Protestwelle durch Deutschland. Auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen unter dem Motto *Aufstehen gegen Rechts* auf, gegen braunes Gedankengut auf die Straße zu gehen. In einer Videobotschaft machen die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften zudem klar, wofür Gewerkschaften stehen: Solidarität, Demokratie und Menschlichkeit.

Video sowie Terminübersicht zu Demos

[t1p.de/demos-gegen-rechts](http://t1p.de/demos-gegen-rechts)



## RASSISMUSKRITISCHE BILDUNGSARBEIT

GEW-Materialsammlung

Bildung ist einer der wichtigsten Bereiche, um über Rassismus aufzuklären, für rassistische Erscheinungsformen zu sensibilisieren und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Um dich zu unterstützen, hat die GEW eine Materialsammlung zusammengestellt, in der Handreichungen, Literatur und Materialien empfohlen werden.

GEW: **Materialsammlung**

[t1p.de/materialien-rassismuskritisch](http://t1p.de/materialien-rassismuskritisch)

## MIT PLAKAT HALTUNG GEGEN RECHTS ZEIGEN

Material im GEW-Shop

Die GEW hat ein Plakat mit „Aktiv gegen Rechts“-Motiven entworfen. Damit kannst du dich beispielsweise auf Demonstrationen zu Demokratie und gegen Diskriminierung bekennen.

GEW: **Plakat gegen Rechts**

[t1p.de/gew-plakat](http://t1p.de/gew-plakat)

# Eine Niederlage der bürgerlichen Mitte?



+++

GEW Bayern: FAQ „Genderverbot“  
im Freistaat Bayern

[t1p.de/gew-bayern-gendern](http://t1p.de/gew-bayern-gendern)

SWR2 Wissen: Geschlechtergerechte  
Sprache – Was bringt das Gendern?

[t1p.de/swr-gendern](http://t1p.de/swr-gendern)

Antidiskriminierungsstelle  
des Bundes: Rechtsexpertise zu  
geschlechter-gerechter Verwaltungsspra-  
che von Prof.in Dr.in Ulrike Lembke

[t1p.de/lembke-verwaltung](http://t1p.de/lembke-verwaltung)

Rat für deutsche Rechtschreibung:  
Geschlechtergerechte Schreibung:  
Erläuterungen, Begründung und  
Kriterien vom 15.12.2023

[t1p.de/rechtschreibrat-gendern](http://t1p.de/rechtschreibrat-gendern)



Ob Sternchen, Binnen-I oder Doppelpunkt: Die Diskussion um eine geschlechtergerechte Sprache ist zum gesellschaftlichen Reizthema geworden. Inzwischen macht sich nicht nur die AfD für ein Genderverbot stark. Auch einzelne Bundesländer haben Erlasse auf den Weg gebracht, die Schulen die Verwendung von Gender-Sonderzeichen in der schriftlichen Kommunikation untersagen. Das weckt nicht nur den Protest von Betroffenen – es sei auch eine Gefahr für die Demokratie, warnen Wissenschaftler\*innen.

Die Juristin Ulrike Lembke sieht Behörden in der Pflicht, eine gendergerechte Sprache zu verwenden. In einem Rechtsgutachten kommt die Berliner Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien zu dem Schluss, dass geschlechtergerechte Sprache eine konsequente Umsetzung verfassungsrechtlicher Anforderungen sei. Dazu zählten die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die verfassungsrechtliche Anerkennung weiterer Geschlechter. Auftraggeberin des Gutachtens ist die Stadt Hannover, die 2019 eine Pflicht zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache inklusive des Gendersterns eingeführt hat.

### Genderverbot ist in einigen Bundesländern schon Realität

Doch in vielen Bundesländern läuft die Diskussion in eine ganz andere Richtung. So haben nach Sachsen auch Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Bayern ein Verbot von Gender-Sonderzeichen an Schulen eingeführt. In Hessen wurde ein solches Verbot zumindest angekündigt. Sternchen, Doppelpunkt oder Binnen-I müssen demnach in schriftlichen Arbeiten als Fehler gewertet werden. Seit Sommer 2023 sind in Sachsen auch Kooperationspartner\*innen des

Kultusministeriums verpflichtet, in der Kommunikation mit Dritten auf die Sonderzeichen verzichten.

Zentraler Bezugspunkt für das Verbot in Sachsen war und ist die Haltung des Rats für deutsche Rechtschreibung: 2021 hatte das Gremium davon abgeraten, die Verwendung von Gender-Sonderzeichen im Wortinneren in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung aufzunehmen. Nach erneuter Diskussion wurden die Sonderzeichen im Dezember 2023 als Sonderzeichen vermerkt; man werde die „weitere Schreibentwicklung beobachten“, ließ das Gremium in einer Pressemitteilung verlauten. Zum Kernbestand der deutschen Sprache gehörten sie aber weiterhin nicht. Denn Sonderzeichen beeinträchtigten „die Verständlichkeit, die Lesbarkeit, die Vorlesbarkeit und die automatische Übersetzbarkeit sowie die Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten“.

### Bürgerliche Parteien übernehmen rechte Diskursstrategien

Solche und ähnliche Argumente macht sich nicht nur die AfD in ihren Forderungen nach einer flächendeckenden Umsetzung des Genderverbots zunutze. Auch bürgerliche Parteien ziehen sie als Referenz-





„Das Genderverbot ist eines von vielen Themen, mit denen die AfD die politische Konkurrenz vor sich hertreibt.“

PROF. IN DR. IN DOROTHÉE DE NÈVE

Politikwissenschaftlerin an der Universität Gießen

punkte heran und übernehmen damit die Diskursstrategien von Rechtspopulist\*innen – wohl auch im Bestreben, eigene Wähler\*innen vom Abwandern ins rechte Lager abzuhalten. Das Genderverbot sei damit nur eines von vielen Themen, mit denen die AfD die politische Konkurrenz vor sich hertreibe, sagt Politikwissenschaftlerin Dorothee de Nève von der Universität Gießen. „Ich denke, es geht der AfD nicht wirklich um Sprachpolitik. Dahinter steckt vielmehr ein Kulturkampf gegen die progressive und vielfältige Gesellschaft der Gegenwart.“

Mit der Übernahme rechter Diskursstrategien gestehe die bürgerliche Mitte nicht nur ihre Niederlage gegenüber der politischen Konkurrenz von rechts ein, betont die Wissenschaftlerin. Ein solches Verhalten sei auch strategisch sehr riskant: „Politische Beobachtungen und wissenschaftliche Studien zeigen, dass dieses Verhalten kontraproduktiv ist und die Rechtspopulist\*innen und Antidemokrat\*innen weiter stärkt.“ Zwar seien die politischen Debatten an sich nicht demokratiegefährdend – wohl aber der Verrat grundlegender Überzeugungen für eine liberale und offene Gesellschaft durch die Parteien der bürgerlichen Mitte: „Für die Demokratie ist es wichtig, dass Demokrat\*innen Haltung zeigen und bewahren. Es geht um die eigene Glaubwürdigkeit, die auf dem Spiel steht“, sagt Dorothee de Nève.

Ähnlich bewerten es die Vorstandsmitglieder der AG *Sprache in der Politik* und die Jury der sprachkritischen Aktion *Unwort des Jahres* in einer gemeinsamen Stellungnahme zu Genderverboten. Sie warnen vor einer „Aushöhlung der Demokratie durch die Verstärkung rechter Diskursstrategien“. Der Streit um Wörter und um Sprachkonventionen sei ein wichtiges Kennzeichen funktionierender Demokratien. „Sprachgebrauchsverbote durch Institutionen, die mit politischer und rechtlicher Macht ausgestattet sind,

hingegen unterdrücken diesen wichtigen, integralen Bestandteil des Meinungskampfs und schränken damit die Meinungsfreiheit ein.“

#### Lehrkräfte in Sachsen sind mit ungewisser Situation konfrontiert

Auch Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW in Sachsen-Anhalt, wertet das Genderverbot in ihrem Bundesland als „verzweifelter Versuch der CDU, die AfD in diesem Punkt rechts zu überholen“. Der Umgang mit gendersensibler Sprache sei dort seit Langem kontrovers diskutiert worden. „Ich bin immer wieder angegangen worden, weil ich Gendersprache verwende und damit eine vermeintlich falsche Grammatik benutze – doch damit konnte ich umgehen“, sagt Eva Gerth. Nun aber sähen sich Lehrkräfte strukturell mit einer ungewissen Situation konfrontiert.

So seien bisher keine Vorgaben für die Umsetzung des Genderverbots an Schulen in Sachsen-Anhalt bekannt – ebenso wenig wie Sanktionen gegen Verstöße. „Ich gehe davon aus, dass die meisten Lehrkräfte sehr sensibel bewerten, wenn Schüler\*innen Genderzeichen in schriftlichen Arbeiten verwenden“, sagt Eva Gerth. Vor allem die Aussicht, den sogenannten Krisenordner überarbeiten zu müssen, hätten viele Betroffene als absurd empfunden: Das Handbuch zur Krisenintervention an Schulen sei durchgehend in gendersensibler Sprache verfasst. „Soweit wir informiert sind, wurde die Vorschrift zur Überarbeitung aber zurückgenommen.“

#### GEW-Petition gegen das Genderverbot ist in Sachsen-Anhalt noch nicht vom Tisch

Bereits im August, gleich nach Inkrafttreten des Verbots, hat die GEW Sachsen-Anhalt die Rücknahme der neuen Vorschriften gefordert. So sei das Verbot nicht nur von der gesellschaftlichen Realität ent-

koppelt, betont der GEW-Landesverband in seiner Stellungnahme. Es widerspreche auch den Vorgaben des Schulgesetzes, wonach Schulen zur Förderung der Gleichberechtigung von Menschen, unabhängig etwa von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität, beitragen sollten. Sprache sei in diesem Zusammenhang eine wichtige Mittlerin, betont Eva Gerth. Die Bestrebungen der GEW verfolgten keineswegs das Ziel, eine Vorschrift zum Gendern durchzusetzen. „Aber wir wollen keine Sanktionen gegen Menschen, die Wert auf eine gendersensible Sprache legen.“

In der Diskussion über das weitere Vorgehen erreichen die GEW-Landesvorsitzende immer wieder Forderungen nach einer Petition gegen das Genderverbot. „Das ist noch nicht ganz vom Tisch.“ Lehramtsstudierende haben zudem bereits im Februar 2024 einen offenen Brief an Sachsen-Anhalts Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) geschickt. Der Tenor: Das Genderverbot beflügelt rechte Ideologien und trage letztlich dazu bei, dass junge Lehrkräfte das Bundesland verließen – mit gravierenden Folgen für die ohnehin dünne Personaldecke an Sachsen-Anhalts Schulen. „Es wäre wichtiger, Lösungen für den Lehrkräftemangel und die vielen weiteren Probleme zu finden, als ein Genderverbot auf den Weg zu bringen und durchzusetzen“, sagt Eva Gerth.

### **Trotz Verbots weiter gendern? GEW Bayern will Kolleg\*innen den Rücken stärken!**

In Bayern, wo das Genderverbot Mitte März 2024 relativ überraschend beschlossen wurde, plant der GEW-Landesverband sein weiteres Vorgehen. Man habe lange gehofft, dass der Vorstoß für ein Verbot im Dezember nur der kurzfristigen Anpassung an

die populistischen Aussagen der AfD geschuldet sei, berichtet die bayerische GEW-Vorsitzende, Martina Borgendale: „Dass es nun anders gekommen ist, sorgt für äußerst schlechte Stimmung. In den Kollegen herrscht Verunsicherung, und viele Lehrkräfte sind entsetzt über das Vorgehen des Freistaates als Dienstherren.“ Drei bayerische Lehrerinnen hätten eine Petition gegen das Genderverbot gestartet, die innerhalb von zehn Tagen bereits mehr als 12.000 Stimmen gesammelt habe. „Wir als GEW werden zudem FAQs herausgeben und erörtern, wie das alles rechtlich einzuordnen ist.“

In einem Zeitungsinterview hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder Eltern dazu aufgefordert, das Nichteinhalten der neuen Vorgaben durch Lehrkräfte bei Schulleitungen oder sogar beim Kultusministerium zu melden. „Dieses Verhalten ist nicht nur gesellschaftlich gefährlich, weil es den zunehmenden Populismus befeuert. Es ist auch extrem unklug, wenn das Land neue Lehramtsstudierende und Lehrkräfte gewinnen muss in Zeiten eines massiven Lehrer\*innenmangels“, betont Martina Borgendale. Großkonzerne wie die Telekom oder Infineon genderten mit Sonderzeichen, was gerade jungen Menschen und Studierenden als Zeichen einer offenen Gesellschaft oft wichtig sei. „Wenn der Ministerpräsident nun öffentlich dazu aufruft, nicht konforme Lehrer\*innen zu melden, wirkt das massiv abstoßend. Besonders die Generation Z erwartet auch am Arbeitsplatz ein gewisses Maß an persönlicher Freiheit.“ //

**Anne Petersohn**  
freie Journalistin

„Ich bin immer wieder angegangen worden, weil ich Gendersprache verwende und damit eine vermeintlich falsche Grammatik benutze – doch damit konnte ich umgehen.“

**EVA GERTH**

GEW-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt

## Kleine Pause

Im April erhält den LesePeter das Bilderbuch  
**DER GARTEN MEINER BABA**

Jordan Scott, Sydney Smith (Illustrationen)  
Stuttgart, Aladin, 2023, ab 4 Jahren

Jeden Morgen kümmert sich die Großmutter – die Baba – um ihren Enkel bis sie die Rollen eines Tages wechseln. In den liebevollen, einprägsamen Gesten zwischen Enkel und Großmutter thematisiert das Bilderbuch aus Sicht des Kindes Achtsamkeit, Erinnerung und würdevolles Altern. Atmosphärische Bilder wechseln sich mit detailreichen Tableaus ab und harmonisieren in Perfektion mit dem reduziert poetischen Text. Ein beeindruckendes biografisch motiviertes Werk – berührend und tröstlich zugleich.

**18 Euro**



Foto: Aladin Verlag

„Für fast zwei Millionen Menschen bei kirchlichen Trägern, davon eine erhebliche Zahl in Schulen, bei den Trägern der Kinder und Jugendhilfe, in Kindertageseinrichtungen und der stationären Jugendhilfe, gilt: Sie sind Beschäftigte zweiter Klasse. Ihr Mitbestimmungs- und Streikrecht muss dringend verbessert werden.“

### DOREEN SIEBERNIK

GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit begrüßt den Prozess zur Reform des kirchlichen Arbeitsrechts, den die Bundesregierung gestartet hat.

Quelle: [tjp.de/kirchliches-arbeitsrecht](http://tjp.de/kirchliches-arbeitsrecht)

### MAIKE FINNERN SPRICHT MIT BOB BLUME ÜBER DEN LEHRKRÄFTEMANGEL

Im Podcast *Die Schule brennt* von Lehrer, Autor und Bildungsblogger Bob Blume spricht GEW-Vorsitzende Maike Finnern über den Lehrkräftemangel. Um mehr Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen oder in diesem zu halten, müssen sich die Arbeitsbedingungen in Schulen nach Ansicht der GEW-Vorsitzenden noch deutlich verbessern: „Da geht es um Reduzierung von Arbeitszeit, da geht es um Verkleinerung von Klassen, da geht es um mehr Zeit für pädagogische Arbeit.“ Es gehe jedoch nicht nur darum, den Lehrberuf attraktiv zu machen, sondern auch die Ausbildung. „Und das heißt: mehr Praxisphasen in das Studium einbinden“, so Maike Finnern.

**Podcast *Die Schule brennt*: Episode vom 11. März 2024**  
***Maike Finnern: Kämpfen Gewerkschaften für gute Schulen?***

[tjp.de/podcast-lehrkraeftemangel](http://tjp.de/podcast-lehrkraeftemangel)



# Deine Stimme zählt!

## Liebe Kolleg\*innen,

als GEW NRW sind wir die mitgliederstärkste Gewerkschaft im Schulbereich. Wir hören zu, sind Sprachrohr für eure Anliegen und setzen uns kraftvoll für eure Interessen ein – gemeinsam mit unseren Personalrät\*innen. Damit wir unsere Forderungen weiterhin wirkungsstark in politische Realität übersetzen können, brauchen wir Mehrheiten in den Personalräten. In einer Zeit, in der die Lösung bildungspolitischer Fehlentscheidungen und Fehlplanungen darin gesehen wird, die Beschäftigten die Zeche zahlen zu lassen und die belastenden Arbeitsbedingungen zu verschärfen, gilt es, eure Interessen zu vertreten und eure Rechte zu verteidigen. Deshalb zählt jede Stimme!

Die Herausforderungen und die Aufgaben, die auf die Bildungseinrichtungen zukommen, sind so komplex und so groß wie nie zuvor. In NRW fehlen aktuell über 7.000 Lehrkräfte. Der eklatante Mangel bedeutet für die Beschäftigten eine immense Überlastung und für Kinder und Jugendliche verpasste Chancen.

Unsere Umfrage zur Arbeitsbelastung der Beschäftigten an den Schulen in NRW mit knapp 24.000 Be-

teiligten zeigt: 92,4 Prozent sehen auf einer Skala von 0 bis 10 den Grad ihrer individuellen Überlastung im Durchschnitt bei 8,21. Das ist alarmierend und muss sich ändern!

Deshalb fordern wir als GEW NRW

- weniger Verwaltungsaufgaben,
- mehr Kolleg\*innen in den Schulen und
- kleinere Klassen.

Nur gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Beschäftigten können gute Bildung ermöglichen und für den in allen Branchen dringend gebrauchten Nachwuchs sorgen.

Gemeinsam können wir der Hebel sein, der Veränderung bewirkt. Wähle deshalb GEW NRW – wähle Liste 1! Weil zu viel zu viel ist! //

### Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

### Stephan Osterhage-Klingler

stellvertretender Vorsitzender der GEW NRW



## GUT ZU WISSEN:

Wer kann wählen?

Lehrer\*innen, Lehramtsanwärter\*innen, Fachkräfte im Multiprofessionellen Team, Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase, Schulsozialarbeiter\*innen, Lehrkräfte für den Herkunftsprachlichen Unterricht und Alltagshelfer\*innen im Landesdienst

Wie wird gewählt?

Per Briefwahl, die Unterlagen treffen Ende April bis Mitte Mai in allen Schulen in NRW ein.

Wann wird gewählt?

Bis zum 13. Juni 2024 müssen die Briefwahlunterlagen abgeschickt sein.

### Weitere Infos zur Personalratswahl

[personalratswahl-nrw.com](https://personalratswahl-nrw.com) [gew-nrw.de/personalratswahl-2024](https://gew-nrw.de/personalratswahl-2024)



Silke Knabel ist 44 Jahre alt und als Sonderpädagogin im gemeinsamen Lernen an einer Grundschule tätig. Sie ist seit Juni 2023 Vorsitzende des Örtlichen Personalrats Grundschule Köln (ÖPR). Seit 2014 engagiert sie sich im ÖPR Köln und seit 2020 im Bezirkspersonalrat Köln.

**Silke Knabel**

## Ich mache mich stark für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Entlastung an Grundschulen, weil ...

... die Kolleg\*innen wegen des eklatanten Lehrer\*innenmangels, immer weniger ausgebildeten Lehrkräften im System, dem gestiegenen Arbeitsumfang, zusätzlichen Aufgaben und pädagogischen Verwaltungstätigkeiten an ihre Belastungsgrenzen geraten oder sie überschreiten. Da mittlerweile so viele verschiedene Berufsgruppen an der Grundschule arbeiten, benötigen die Kolleg\*innen insbesondere Zeit, um sich für eine gute Zusammenarbeit und eine gelingende Förderung der Kinder effektiv auszutauschen. Diese Zeit muss im Stundenkontingent eingepreist sein und darf nicht zu Mehrbelastung führen. Auch kleinere Klassen tragen zur Entlastung der Kolleg\*innen bei. Denn in Klassen mit zu vielen Schüler\*innen haben sie häufig das Gefühl, nicht allen Kindern gerecht werden zu können, was bei den Kolleg\*innen zu großer Unzufriedenheit führt. Wichtig ist außerdem, dass Kolleg\*innen weiterhin in Teilzeit arbeiten können, ohne sich in eine Teildienstfähigkeit begeben zu müssen.

## Ich mache mich stark für Fachlehrer\*innen an Förderschulen und Kliniksulen, weil ...

... ich selbst seit fast 30 Jahren in meiner Schule wertvolle Arbeit leiste und nicht das Gefühl habe, vom Arbeitgeber ausreichend entlohnt zu werden. Fachlehrer\*innen starten nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung mit Ag/EGa, Stufe 1. Damit werden der erste Berufsabschluss, der notwendig zur Zulassung ist, und alle bis dahin gesammelten Erfahrungen vom Arbeitgeber dankend angenommen. Es gibt aber keine monetäre Wertschätzung durch Anerkennung von förderlichen Zeiten und einer höheren Erfahrungsstufe. Das kann so nicht bleiben! Im Zuge der sich verändernden Personalsituation in den Förderschulen ist eine Einstiegsbesoldung beziehungsweise -vergütung A10/EGb dringend erforderlich.

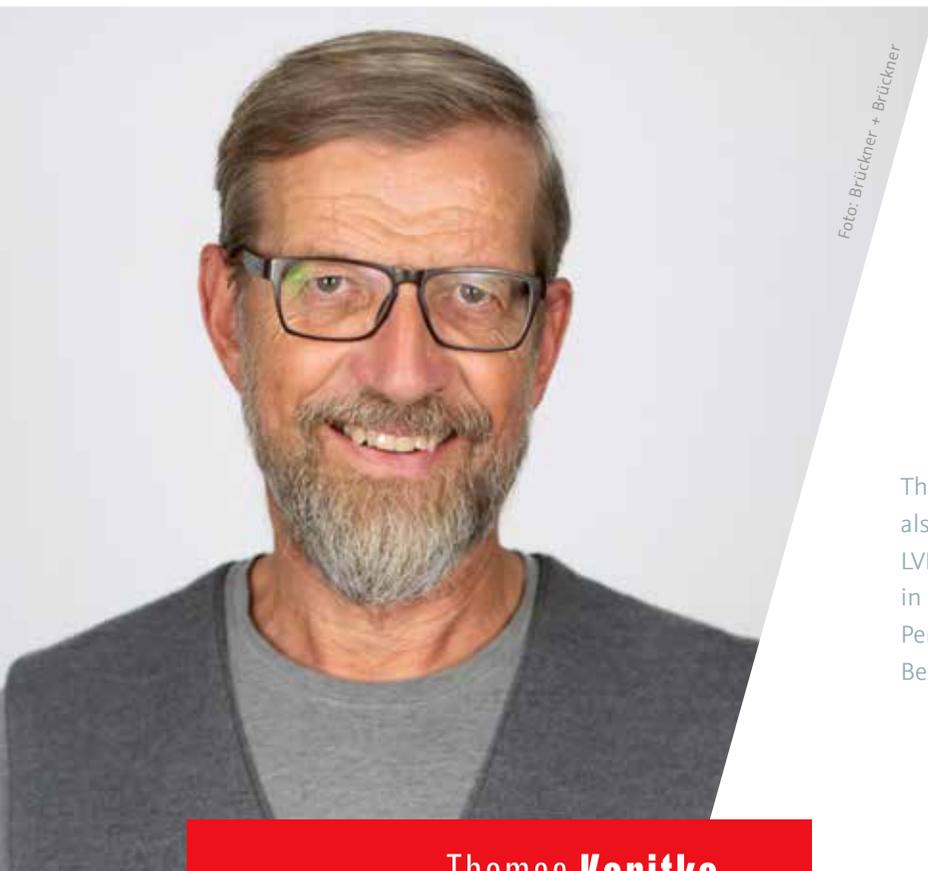


Foto: Brückner + Brückner

Thomas Koritko ist 62 Jahre alt und seit 1994 als Fachlehrer an der David-Ludwig-Bloch-Schule, LVR Förderschule Hören und Kommunikation, in Essen tätig. Seit 2008 engagiert er sich im Personalrat Förderschulen und Kliniksulen im Bezirk Düsseldorf.

**Thomas Koritko**

Weil zu viel zu viel ist:



# WENIGER VERWALTUNGS- TÄTIGKEITEN

Die GEW NRW fordert:

## ENTLASTUNG DER LEHRKRÄFTE DURCH MEHR ZEITRESSOURCEN

Es ist dringend notwendig, die Beschäftigten an den Schulen zu entlasten und Zeitressourcen für die pädagogische Arbeit zu schaffen. Dies kann durch eine sinnvolle Reduzierung der Klassenarbeiten in allen Jahrgangsstufen sowie eine kritische Überprüfung der Lehrpläne erfolgen. Die Lehrpläne müssen an die aktuellen Erfordernisse und Bedarfe angepasst und die Inhalte priorisiert werden. Außerdem könnten die viel Zeit kostenden Lehrer\*innenkonferenzen auf ein absolut notwendiges Maß reduziert werden. //

Die GEW NRW fordert:

## ENTLASTUNG VON SCHULLEITUNGEN DURCH SCHULVERWALTUNGSASSISTENZEN

Die Arbeitsbelastung von Schulleitungen ist in den letzten Jahren immer mehr gestiegen. Es müssen zusätzliche Schulverwaltungsassistenzen eingesetzt werden, ohne dass diese auf Lehrkräftestellen angerechnet werden und ohne dass die Verwaltungsstunden für Schulleitungen sowie die Anrechnungsstunden der Lehrkräfte reduziert werden. //

Die GEW NRW fordert:

## MEHR UNTERSTÜTZUNG BEI IT UND VERWALTUNG

Es müssen zusätzliche Verwaltungskräfte, Assistenzen und IT-Fachleute eingestellt werden. Sie sollen:

- nicht pädagogische Arbeiten übernehmen,
- eine digitale Infrastruktur aufbauen und deren Wartung übernehmen sowie
- Labore, Werkstätten, Lehrküchen und andere Fachräume betreuen.

Lehrkräfte werden damit von fachfremden Aufgaben entlastet und haben mehr Zeit für pädagogische und soziale Arbeit mit den Schüler\*innen.

EDV-Kräfte sind neben den Schulverwaltungsassistenzen unbedingt erforderlich, damit diese den First-Level-Support vor Ort in den Schulen gewährleisten können. Diese Aufgabe kann nicht von Lehrkräften zusätzlich übernommen werden.

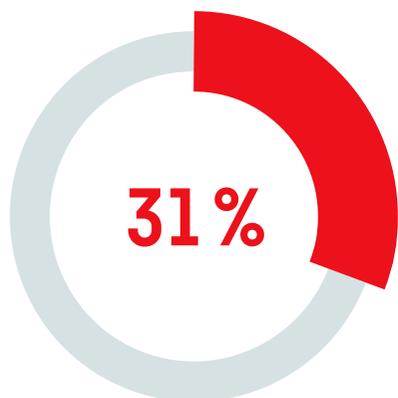
Gleichzeitig ist eine Anhebung der Anrechnungsstunden richtig und sinnvoll, um Kolleg\*innen zu entlasten und die Arbeit an den Schulen wieder attraktiver zu machen. //

*Alle Zitate auf den Seiten 30–31, 34–35 und 38–39 stammen von Teilnehmenden an der GEW-Umfrage zur Überlastung der Beschäftigten an Schulen in NRW, die im Herbst und Winter 2023 anonymisiert durchgeführt wurde.*

„Zu viele Verwaltungsaufgaben!  
Wir entscheiden uns  
nicht umsonst für Teilzeit.“

„Die ständig steigende Fülle von Aufgaben  
außerhalb des eigentlichen Unterrichts  
schafft einen.“

„Durch zu viele Verwaltungsaufgaben  
habe ich zu wenig Zeit zum Unterrichten!“



der befragten Lehrkräfte sehen laut  
Umfrage des *Deutschen Schulbarometers* 2023  
in Arbeitsbelastung und Zeitmangel  
die größten Herausforderungen in ihrer  
beruflichen Tätigkeit als Lehrkraft.

Quelle: [t1p.de/schulbarometer-2023](https://t1p.de/schulbarometer-2023)



der befragten Schulleitungen sagen laut  
Umfrage des *Deutschen Schulbarometers*  
im November 2022, dass Unterstützung bei  
Verwaltungstätigkeiten sie entlasten würde.

Quelle: [t1p.de/schulleitungsbefragung-schulbarometer-2022](https://t1p.de/schulleitungsbefragung-schulbarometer-2022)

1

**Die Entlastung der Lehrkräfte hinsichtlich Verwaltungstätigkeiten ist auch Bestandteil der Stellungnahme**

*Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK). Darin heißt es:* „Neben der Kernaufgabe des Unterrichtens übernehmen Lehrkräfte auch zahlreiche Organisations- und Verwaltungsaufgaben. Diese reichen von der Beschaffung von Unterrichtsmaterialien über die Betreuung von Bibliotheken, Fachräumen und IT-Ausstattung bis hin zur Organisation von Klassenfahrten (...). Für diese Aufgaben erhalten Schulen

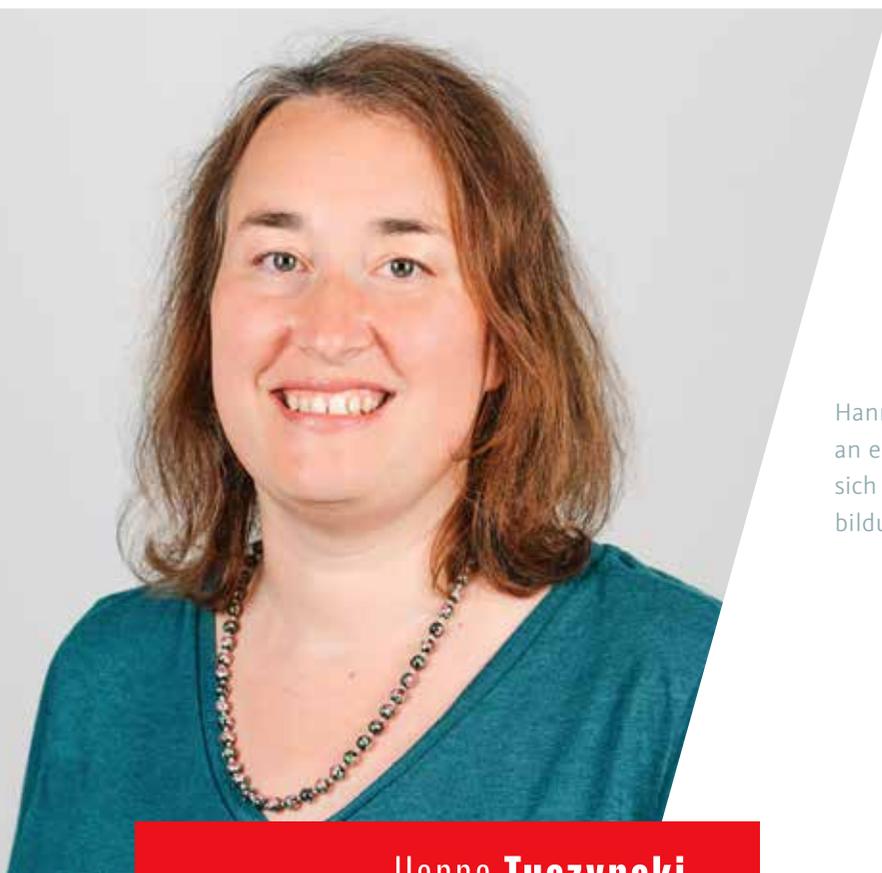
Anrechnungsstunden. Eine angemessene Ausstattung mit Verwaltungspersonal und weiterem nicht pädagogischem Personal kann Lehrkräfte deutlich entlasten und Ressourcen für die unterrichtlichen Kernaufgaben freisetzen. Die SWK empfiehlt, eine systematische Aufgabenkritik der Tätigkeit von Lehrkräften vorzunehmen und auf dieser Grundlage dauerhaft Stellen für Verwaltungspersonal und weiteres pädagogisches Personal zu schaffen.“

**Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission**

[t1p.de/stellungnahme-swk-lehrkraeftemangel](https://t1p.de/stellungnahme-swk-lehrkraeftemangel)

## Ich mache mich stark für eine durchdachte Digitalstrategie an Gymnasien und Weiterbildungskollegs, weil ...

... es da an allen Enden und Ecken brennt. Es herrscht ein NRW-weiter Flickenteppich. Jede Kommune hat andere Regeln und Ausstattungen. Unhaltbar ist auch der Zustand, dass der Großteil des IT-Supports auf Lehrkräfte abgewälzt wird. Sie fangen die Unzulänglichkeiten des Systems mal wieder mit viel Engagement, Zeit und häufig auch eigenem Geld auf. Die Wildwestmanier im Umgang mit Digitalisierung an Schulen ist skandalös. Der Arbeitgeber Land muss ein klares Konzept haben, das sowohl den sinnvollen Einsatz digitaler Technik im Unterricht, rechtssichere Erledigung dienstlicher Aufgaben und Chancengleichheit im Land ermöglicht. Und dieses Konzept muss von Lehrer- und Personalräten mitbestimmt werden.



Hanna Tuszynski ist 42 Jahre alt und arbeitet an einem Düsseldorfer Gymnasium. Sie engagiert sich im Personalrat für Gymnasien und Weiterbildungskollegs Düsseldorf.

**Hanna Tuszynski**



**Christina Tönges**

Christina Tönges ist 40 Jahre alt und Sonderpädagogin an einer Förderschule in Gelsenkirchen. Seit sieben Jahren ist sie im Personalrat und sie kandidiert für den Bezirkspersonalrat Münster für Förderschulen und Klinikschulen.

## Ich mache mich stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Förderschulen und Klinikschulen, weil ...

... viele Lehrkräfte in familienpolitischer Teilzeit arbeiten und demzufolge auf Gehalts- beziehungsweise Lohnanteile bewusst verzichten, aufgrund des ausgeprägten Lehrkräftemangels jedoch oft fehlende Kolleg\*innen ersetzen müssen. Damit verrichten Teilzeitlehrkräfte „unsichtbare Mehrarbeit“ still und zumeist auch unbezahlt. Betroffene Kolleg\*innen berichten oft von zunehmender Arbeitsverdichtung und einer Verschiebung dienstlicher beziehungsweise aus der Arbeit resultierender Aufgaben in den Bereich der privaten Familienzeiten. Insbesondere die digitale Dauererreichbarkeit kann zu einer krank machenden Vermischung von Arbeits- und familiärer Lebenszeit führen. Als Personalrätin möchte ich mich für die konsequente Einhaltung und Verbesserung von Teilzeitkonzepten an Schulen einsetzen und Kolleg\*innen bei der Durchsetzung ihres Rechtes auf eindeutige Zeiten für die Familie und das Privatleben unterstützen.



**Weil zu viel zu viel ist!**

Weil zu viel zu viel ist:



# MEHR KOLLEG\*INNEN

Die GEW NRW fordert:

## **BESSERE BETREUUNG IM STUDIUM UND BEIM ÜBERGANG VOM STUDIUM IN DEN BERUF**

Wer langfristig gegen die hohe Belastung im Schulsystem ankommen will, muss für zusätzliche Lehrkräfte sorgen. Deshalb ist die Erhöhung der Studienplatzkapazitäten unumgänglich. Um dabei die hohe Abbrecher\*innenquote in Lehramtsstudiengängen zu verringern, müssen die Betreuungsrelationen an den Hochschulen deutlich verbessert werden. Des Weiteren braucht es eine bessere Betreuung der Lehramtsanwärter\*innen, um den Übergang von der Hochschule in den Beruf besser zu gestalten. //

Die GEW NRW fordert:

## **SEITENEINSTIEG AN SCHULEN MUSS QUALITATIV BESSER UND ATTRAKTIVER WERDEN**

Seiteneinsteiger\*innen helfen, in Zeiten des akuten Lehrkräftemangels den Lehrkräftebedarf abzudecken. Dies tun sie aber unter widrigen Umständen. Viele Kolleg\*innen geben ihre Tätigkeit als Seiteneinsteiger\*in aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und der fehlenden Betreuung wieder auf. Wir brauchen einen qualitativ hochwertigen Seiten- und Quereinstieg mit langfristigen Perspektiven im Schulsystem und eine angemessene Bezahlung. Die Bedingungen nach der Ordnung der berufsbegleitenden Ausbildung von Seiteneinsteiger\*innen (OBAS) müssen verbessert werden, eine OBAS für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung muss eingerichtet werden. //

Die GEW NRW fordert:

## **MEHR STELLEN FÜR ANDERE PÄDAGOGISCHE PROFESSIONEN**

Schulsozialarbeiter\*innen und multiprofessionelle Teams bereichern den Schulalltag und übernehmen wichtige pädagogische Aufgaben jenseits der Unterrichtstätigkeit. An den Schulen in NRW braucht es neben Fachkräften in multiprofessionellen Teams, die nicht auf Lehrer\*innenstellen eingestellt werden dürfen, beispielsweise auch mehr Schulsozialarbeiter\*innen und Erzieher\*innen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schüler\*innen gerecht zu werden. Durch weitere pädagogische Professionen an den Schulen werden zudem alle Beschäftigten entlastet. //

+++

Weitere Forderungen der GEW NRW findest du im Positionspapier  
*Bekämpfung des Lehrkräftemangels durch eine echte Lehrkräfteoffensive*  
[tip.de/lehrkraeftemangel-positionspapier](http://tip.de/lehrkraeftemangel-positionspapier)

„Wir haben zu wenig Personal für die Bedürfnisse der Kinder.“

„Viele Kinder brauchen eigentlich mehr individuelle Unterstützung.“

„Mich belastet, dass wir nicht genügend Lehrkräfte haben und dadurch der Unterricht ausfällt.“

67%

der befragten Schulleitungen sehen laut Umfrage des *Deutschen Schulbarometers* im November 2022 den Personalmangel als größte Herausforderung an ihrer Schule.

1

Verschiedene Befragungen zeigen, der Lehrkräftemangel ist die vordringlichste Aufgabe, die gelöst werden muss. So heißt es in der *Cornelsen Schulleitungsstudie 2023: Schule stärken – Digitalisierungsgestalten*: „Der Personalmangel stellt Schulen vor große Herausforderungen – deshalb sehen Deutschlands Schulleiter:innen die Personalgewinnung sowohl aktuell als auch in den kommenden fünf Jahren auf Platz 1 der wichtigsten Baustellen, die angegangen werden müssen.“

*Cornelsen Schulleitungsstudie 2023*

[t1p.de/schulleitungsstudie-cornelsen-2023](http://t1p.de/schulleitungsstudie-cornelsen-2023)

**Das Ergebnis der Befragung** *Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen – Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen* **aus November 2022 lautet:** „Zwei Drittel (67 Prozent) der Schulleitungen sehen den Personalmangel als größte Herausforderung an ihrer Schule. Ein Fünftel gibt die Digitalisierung und die mangelnde technische Ausstattung (22 Prozent), Bürokratie und Verwaltung (21 Prozent) sowie die eigene Arbeitsbelastung (20 Prozent) an.“

**Das Deutsche Schulbarometer: Schulleitungsbefragung**

[t1p.de/schulleitungsbefragung-schulbarometer-2022](http://t1p.de/schulleitungsbefragung-schulbarometer-2022)

## Ich mache mich stark für gesunde Arbeitsbedingungen an Hauptschulen, weil ...

... die Beschäftigten ein Recht darauf haben, ihren Beruf stressfrei ausüben zu können, gerade an unserer Schulform. Man hat in unserer GEW-Umfrage sehen können, dass sich die meisten Kolleg\*innen überdurchschnittlich belastet fühlen. Das macht krank! Ich möchte mich weiterhin im Hauptpersonalrat dafür starkmachen, im Ministerium unsere Situation klar und deutlich zu schildern. Es gibt viel Geld für die Gesundheitsvorsorge an Schulen. Dieses Geld muss bei den Kolleg\*innen ankommen. Dafür müssen sich auch die Verhältnisse ändern. Das geht nur mit Vertrauen und dem neuen Auftrag durch die Wähler\*innen. Meine Bitte: Bei der nächsten Personalratswahl das Kreuz bei der GEW machen.



Heike Pauels ist 54 Jahre alt und arbeitet als Lehrerin an der Hohe-Giethorst-Hauptschule in Bocholt. Sie ist Vorsitzende des Hauptpersonalrats Hauptschulen und seit 2012 Personalrätin.

**Heike Pauels**



**Eduard Emmerling**

Eduard Emmerling ist 62 Jahre alt und seit 1997 tarifbeschäftigter Lehrer für Sport und Sozialwissenschaften an der Dietrich-Bonhoeffer-Realschule in Recklinghausen. Er ist seit 2009 als festes Mitglied im Personalrat tätig.

## Ich mache mich stark für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Tarifbeschäftigten an Realschulen, weil ...

... wir viele verschiedene Beschäftigtengruppen im Schuldienst haben, die unterschiedliche Erfahrungen mitbringen, aber dementsprechend nicht wertgeschätzt werden. Gerade mit Blick auf Fachkräfte im Multiprofessionellen Team (MPT-Kräfte) gibt es viel Unwissenheit in Schulen, wie man diese Kräfte richtig einsetzt. Das führt immer wieder zu Konflikten. Zudem werden vielen MPT-Kräften die förderlichen Zeiten, die sie bei anderen Arbeitgebern erworben haben, kaum oder gar nicht anerkannt. Manche Vertretungskräfte sind sehr niedrig eingruppiert, obwohl sie Aufgaben einer regulär ausgebildeten Lehrkraft erfüllen sollen. Das kann so nicht bleiben!



**Weil zu viel zu viel ist!**



Weil zu viel zu viel ist:

# KLEINERE KLASSEN

Die GEW NRW fordert:

**ABSENKUNG DER KLASSENFREQUENZRICHTGRÖSSE  
FÜR GYMNASIEN, GESAMT- UND REALSCHULEN AUF  
26 SCHÜLER\*INNEN**

Bereits 2011 wurde im Schulkonsens vereinbart, dass die Klassenfrequenzrichtwerte für Gymnasien, Gesamt- und Realschulen auf 26 Schüler\*innen abgesenkt werden. Dies ist noch immer nicht erfolgt. Klassen des Gemeinsamen Lernens sollten nicht größer als maximal 25 Schüler\*innen sein. //

Die GEW NRW fordert:

**EINE SENKUNG DER KLASSENFREQUENZRICHT-  
WERTE AN ALLEN FÖRDERSCHULTYPEN**

Insbesondere an den Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung und Sprache muss der Klassenfrequenzrichtwert von derzeit 19 auf maximal 14 abgesenkt werden – das entspricht dem Stand des Schuljahres 2013/2014. Auch die Schüler\*innen-Lehrkräfte-Relation muss an allen Förderschultypen abgesenkt werden. An keiner Förderschule darf es mehr eine schlechtere Schüler\*innen-Lehrkraft-Relation als 1:8 geben, damit eine individuelle Förderung auch weiterhin möglich ist. //

Die GEW NRW fordert:

**ABSENKUNG DER KLASSENFREQUENZÜBER-  
GRENZE FÜR GRUNDSCHULEN AUF MAXIMAL  
20 KINDER**

Seit 2001 fordert die GEW NRW die Absenkung der Klassenfrequenzobergrenze für Grundschulklassen auf maximal 20 Kinder. Die Grundschule ist die Schule für alle Kinder. Alle Grundschulen brauchen daher Bedingungen, die es ermöglichen, Entwicklungsunterschiede beim Schuleintritt fachgerecht aufzugreifen, präventiv zu arbeiten und Kinder sonderpädagogisch zu fördern. In diesem Sinne sollten alle Grundschulen Schulen des Gemeinsamen Lernens sein. Kleine Klassen sind eine der Gelingensbedingungen für Gemeinsames Lernen. In kleineren Lerngruppen kann unter anderem auch der Übergang von der Kita in die Schule individuell und entsprechend den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand jedes einzelnen Kindes besser gestaltet werden. //

„In den Klassen sind so viele Kinder mit so vielen individuellen Bedürfnissen, dass ich diesen nicht mehr gerecht werden kann.“

„Viel zu große Klassen in zu kleinen Räumen sorgen für mehr Stress für alle, die SchülerInnen und Lehrkräfte.“

„Reduziert sich die Klassengröße um ein Kind, sinkt die Quote der Klassenwiederholer\*innen in der ersten Klasse um etwa fünf Prozent.“



Quelle: Maximilian Bach, Stephan Sievert: Kleinere Grundschulklassen können zu besseren Leistungen von SchülerInnen führen, DIW Wochenbericht, 2018

1

**Welchen Einfluss kleinere Klassen auf die Lernleistungen von Schüler\*innen haben, haben die Forscher Maximilian Bach und Stephan Sievert in ihrer Studie *Kleinere Grundschulklassen können zu besseren Leistungen von SchülerInnen führen* untersucht. Die Ergebnisse zusammengefasst lauten:** „Kleinere Klassen in der Grundschule führen zu besseren Leistungen in den Fächern Deutsch und Mathematik. Außerdem senken sie die Wahrscheinlichkeit, eine Klasse wiederholen zu müssen. Dies zeigt die vorliegende Analyse der Testresultate von

mehr als 38.000 SchülerInnen, die Daten der landesweiten Orientierungsarbeiten im Saarland ausgewertet. Das Ergebnis widerspricht auf den ersten Blick bisherigen Studien für Deutschland, die mehrheitlich keine signifikanten Klassengrößeneffekte finden konnten.“

**Maximilian Bach, Stephan Sievert:**  
*Kleinere Grundschulklassen können zu besseren Leistungen von SchülerInnen führen*  
[tip.de/diw-kleinere-klassen](http://tip.de/diw-kleinere-klassen)



**Stefanie Neumann**

Stefanie Neumann ist 55 Jahre alt und seit 1997 Lehrerin an der Wolfgang-Borchert-Gesamtschule in Recklinghausen. Seit August 2023 ist sie Vorsitzende des Hauptpersonalrats für Gesamtschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen, in dem sie sich seit 2020 engagiert. Zuvor war sie von 2008 bis 2020 unter anderem als stellvertretende Vorsitzende des Personalrats für Gesamtschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen bei der Bezirksregierung Münster tätig.

## **Ich mache mich stark für gute Arbeitsbedingungen an Gesamtschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen, weil ...**

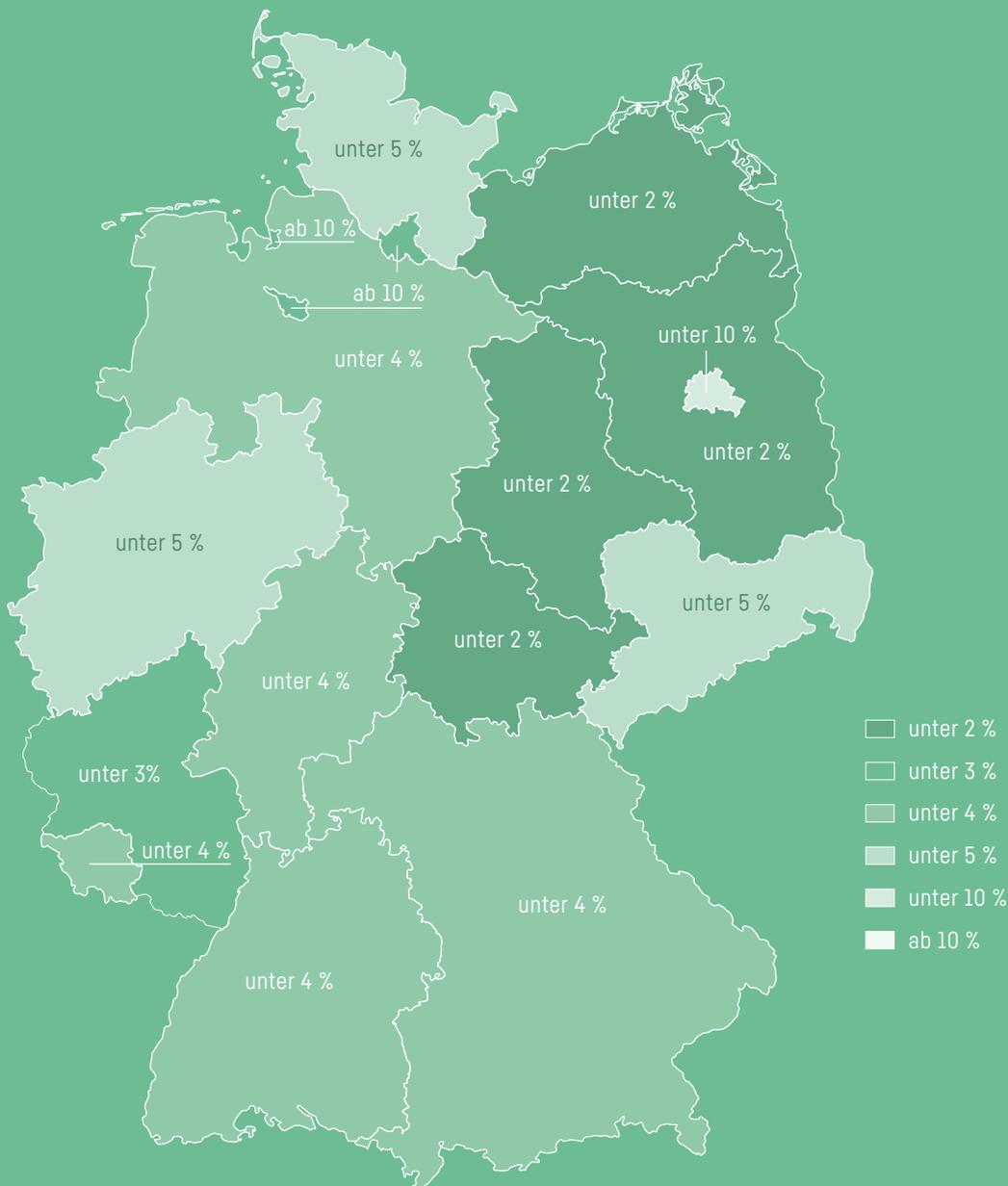
... die Aufgaben, die die Kolleg\*innen schultern sollen, zahlreicher werden. Integration, Inklusion, Digitalisierung und vieles mehr erfordern Konzepte, die umgesetzt werden müssen, ohne dass andere Aufgaben gestrichen werden. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte reicht dafür schon lange nicht mehr, wie es eine Studie aus Sachsen 2022 erneut verdeutlichte. Wenn wir gute Bildung für alle Schüler\*innen wollen, müssen wir den Lehrkräften und pädagogischen Beschäftigten mehr Zeit und Raum für ihre wertvolle pädagogische Arbeit geben. Gute Arbeitsbedingungen sind dringend erforderlich, damit Kolleg\*innen gesund den Ruhestand erreichen und sich mehr Menschen entscheiden, in unseren Schulen zu arbeiten.

# EINMISCHEN

## Politik und Veränderung

### Teilnehmende an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus

Teilnehmende pro Bundesland, gemessen an der Einwohner\*innenzahl des jeweiligen Bundeslandes, nach Polizeiangaben, Stand: 19.2.2024



#### Nordrhein-Westfalen

Über 828.000 Personen haben an 252 Protesten teilgenommen. Hochgerechnet wären das 4,6 Prozent der Einwohner\*innen\*.

\* Unter der Annahme, dass jede\*r Teilnehmer\*in nur auf eine Veranstaltung gegangen wäre.

Quelle: Patricia Haensel / RND RedaktionsNetzwerk Deutschland

# Demokratie erlernt jede Generation aufs Neue

Keine Frage: Wir leben in einer Zeit, die von multiplen Krisen geprägt ist. Und erleben wir deshalb bald Zivilschutzübungen in deutschen Klassenräumen, um Schüler\*innen auf einen möglichen Krieg vorzubereiten? Wir brauchen in Kita, Schule und Hochschule vor allem eins: Raum und Zeit für Demokratie und politische Bildung, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gegen populistische Hetze von rechts zu stärken.

Weltweite Krisen hinterlassen Spuren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders und verdichten sich gar zu einer sozialen Krise: Verteilungskonflikte und Armutslagen nehmen zu. Die Folgen von Corona, Krieg und Energiekrise verschärfen vorhandene Unsicherheiten, schüren Ängste und bieten einen Nährboden für Verschwörungstheorien und Untergangsszenarien, getragen von antidemokratischen, menschenfeindlichen und rechtsradikalen Ideologien, die Feindbilder schaffen und von Umvolkung sprechen.

Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger fordert Lehrkräfte auf, die Schüler\*innen auf einen möglichen Krieg vorzubereiten und mit ihnen Zivilschutzübungen abzuhalten, mit dem Ziel, ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Sie meint, Kinder müssten die Bedrohungen der Freiheit kennen und mit den Gefahren umgehen können.

## Raum und Zeit für didaktisch-pädagogisch sinnvolle politische Bildung

Als ein freiheitlich demokratisches Land wären wir gut beraten, die politische Handlungskompetenz der Kinder und Jugendlichen zu fördern, weil Demokratiefeinde im Inland derzeit die noch größere Bedrohung unserer Freiheit darstellen als ein Krieg, der möglicherweise auch in Deutschland ausbrechen

könnte. Unsere Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, indem wir die politische Bildung stärken – das sollte höchste Priorität sein.

Als Bildungsgewerkschaft kennen wir unsere Verantwortung, unsere Mitglieder sind in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen tätig. Erzieher\*innen und Lehrer\*innen kommt die besondere Aufgabe zu, den Destabilisierungstendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und Kinder und Jugendliche zu aufgeklärten, kritisch denkenden Menschen zu erziehen, die populistische Hetze einordnen und sich ihr widersetzen können.

Das beste Mittel gegen Hass und Hetze ist die reflektierte, wehrhafte Demokratie – und die muss jede Generation aufs Neue erlernen. Das gelingt nur über politische Bildung und es liegt an den Entscheider\*innen in der Bildungspolitik, unseren Beschäftigten den Raum und die Zeit zu geben, sich dieser wichtigen Aufgabe auch didaktisch-pädagogisch sinnvoll widmen zu können.

## „Nie wieder Faschismus“ als Leitmotiv in unseren Bildungseinrichtungen

Die GEW NRW blickt besorgt auf Ergebnisse der aktuellen *Mitte-Studie 2022/2023* der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen stark gestiegen sind und sich ein Teil der Mitte sogar von der Demo-

kratie distanziert. Besonders Jugendliche sind anfällig für die hochmanipulativen Methoden extremistischer Ideologien. Der Philosoph Theodor Adorno hat die Anforderung an Pädagogik deutlich beschrieben: „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ „Nie wieder Faschismus“ muss in unseren Bildungseinrichtungen leitendes Motiv werden. Angesichts der politischen Entwicklung und des Erstarkens der AfD erst recht!

Es müssen die Bedingungen benannt, analysiert und reflektiert werden, die national wie international zu Friedlosigkeit führen und die Freiheit aller bedrohen. Es muss Ziel in unserem Bildungswesen sein, unsere Kinder und Jugendlichen zu befähigen, die gesellschaftlichen Bedingungen zu begreifen, die Diversität und das Anderssein nicht als Bedrohung zu verstehen und populistische Manipulation zu erkennen.

Deshalb ist ganzheitliche Bildung im Sinne der Förderung von Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung so wichtig und findet bestenfalls schon in der frühkindlichen Bildung statt: Im Kitaalltag lernen Kinder spielerisch Toleranz gegenüber anderen Meinungen sowie Akzeptanz von Verschiedenheit.

### **Politische Teilhabe ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie**

Doch in unserem Bildungssystem bleibt viel zu wenig Zeit für eine Pädagogik der Friedenserziehung: Sozialwissenschaftliche und geschichtliche Inhalte werden vermehrt einer ökonomischen Bildung geopfert. Deshalb lautet die Forderung an die Bildungspolitik, Kitas, Schulen und Hochschulen nicht als Qualifizierungsagentur für den Arbeitsmarkt zu verstehen,

sondern als Ort, an dem Kinder und Jugendliche die Befähigung zu demokratischem und friedvollem Verhalten erlernen! Und genau dafür müssen unsere Bildungseinrichtungen zuallererst Wertschätzung erfahren und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet sein.

In den Lehrplänen in unserem Land, in dem Land, von dem die größte geschichtliche Katastrophe ausging, gibt es keinen Platz für friedenspädagogische und -politische Einlassungen. Das ist, gelinde gesagt, ein Skandal! Eine Umfrage der Körber-Stiftung zum Geschichtsunterricht aus dem Jahr 2017 zeigte, dass lediglich 59 Prozent der 14- bis 16-Jährigen wissen, dass Auschwitz-Birkenau ein Konzentrations- und Vernichtungslager war.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ darf nicht zu einer inhaltsleeren Plattitüde verkommen! Es ist eine verbindliche Verpflichtung gegenüber der eigenen Geschichte und ein Versprechen an die gegenwärtig lebenden und alle zukünftigen Generationen. Dafür Raum zu schaffen, muss im Eigeninteresse von gewählten Demokrat\*innen sein. Die Vernachlässigung von politischer Bildung verspielt gleichberechtigte politische Teilhabe – und diese ist Grundvoraussetzung für eine lebendige und wehrhafte Demokratie: Wir sind für das verantwortlich, was wir tun. Aber auch für das, was wir nicht tun. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

+++

**Friedrich-Ebert-Stiftung:**  
**Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23**  
[t1p.de/mitte-studie-2023](http://t1p.de/mitte-studie-2023)



# Nicht auf den großen Wurf der Politik warten!

## KARIM FEREIDOONI

ist Professor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen.



Foto: RUB, Marquard

Mit dem Erstarren der AfD und der zunehmenden Anzahl antisemitischer Attacken rückt die pädagogische Arbeit gegen Rassismus vielleicht mehr denn je in den Fokus. Hat die rassismuskritische Bildungsarbeit ihren Auftrag verfehlt? Nein, sagt der Bildungs- und Rassismuskritiker Professor Dr. Karim Fereidooni. Denn die Ursachen der aktuellen Entwicklung seien an anderer Stelle zu finden.

## Herr Fereidooni, nach so vielen Jahren rassismuskritischer Bildungsarbeit hat unsere Gesellschaft noch immer ein Problem mit rechten und rechtsextremen Haltungen. Was ist schiefgelaufen?

Karim Fereidooni: Meiner Meinung nach ist nichts schiefgelaufen. Deutschland ist im Jahr 2024 so rassismuskritisch wie noch nie in der bundesdeutschen Geschichte. Sehr viele Menschen gehen gegen Rassismus auf die Straße. Wir erleben die größten Demonstrationen seit 1989. Gleichzeitig sehen wir eine kleine, aber laute Minderheit, die versucht, Rassismus salonfähig zu machen. Das sind gegenläufige Tendenzen, die einmal mehr verdeutlichen, dass wir uns jeden Tag für eine plurale Demokratie einsetzen müssen.

## Wie steht es dann aus Ihrer Sicht um die rassismuskritische Bildung in Deutschland?

Karim Fereidooni: Das größte Problem ist, dass Menschen in Deutschland nicht flächendeckend mit ihr in Kontakt kommen. Stattdessen nehme ich wahr, dass Rassismuskritik, wie auch Rassismus selbst, vielerorts tabuisiert wird. Viele Lehrkräfte sagen: „Bei uns an der Schule gibt es keinen Rassismus.“ Ebenso kenne ich nur sehr wenige Professor\*innen, die Rassismuskritik in der Lehrkräftebildung betreiben. Hier fehlt eine ehrliche Auseinandersetzung.

## Welche Rolle spielt Rassismus grundsätzlich mit Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen?

Karim Fereidooni: Eine große. Rassismus ist sehr funktional: Er wirkt, weil er einfache Antworten auf komplexe Fragen liefert. Eine Studie aus Thüringen zeigt, dass beispielsweise der Zusammenhalt der AfD-Wähler\*innen sehr stark durch die Zustimmung zu

rassistischen Aussagen entsteht. Rassismus spielt also bei der Wahl für die AfD tatsächlich eine große Rolle. Wenn dann Politiker\*innen der bürgerlichen Mitte den rassistischen Duktus übernehmen, müssen wir uns nicht wundern, dass Rassismus salonfähig wird in unserer Gesellschaft.

## Wie sehen Sie insgesamt die Rolle der bürgerlichen Parteien, wenn es um das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte geht?

Karim Fereidooni: Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien sind sicher auch deshalb führend, weil die anderen Parteien gepennt haben: Sie kleben immer noch Flyer an Hauswände, statt auf Social Media aktiv zu sein. Zugleich glaube ich nicht, dass Konkurrenzparteien der AfD Stimmen wegschnappen können, indem sie sie rechts überholen. Studien zeigen, dass diese Rechnung nicht aufgeht und spätestens nach der zweiten Legislaturperiode das Original gewählt wird. Politiker\*innen sollten deshalb schauen, dass der Laden läuft und Probleme gelöst werden – dann ist schon viel gewonnen. Und dann werden sich auch die sogenannten Protestwähler\*innen nicht mehr für die AfD entscheiden.

## Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die rassismuskritische Bildungsarbeit? Und wie kann sie sich in Zukunft von der Kita bis zur Hochschule weiterentwickeln?

Karim Fereidooni: Schule ist ein Ort, an dem alle Menschen zeitweise zusammenkommen. Hier hat die Gesellschaft die Chance, die normative Ebene des Grundgesetzes mit Leben zu füllen. Und wir können sogar schon viel früher ansetzen: Wir wissen aus vielen Studien, dass bereits drei- bis vierjährige Kinder

Rassismus reproduzieren, um ihren sozialen Alltag zu strukturieren. Hier gibt es schon für die Grundschule sehr gutes Material, beispielsweise rassismuskritische und antisemitismuskritische Kinderbücher. Gerade Eltern oder Bezugspersonen weiß-deutscher Kinder sollten zudem so früh wie möglich mit ihren Kindern über Rassismus sprechen – damit sie erlernen, dass die Hautfarbe von Menschen eine Rolle für das Fortkommen in unserer Gesellschaft spielt. Doch dieses sensible Sprechen über unterschiedliche Lebensrealitäten passiert leider viel zu selten.

## Sie haben schon angesprochen, dass auch viele Schulen ein Problem mit der Anerkennung von Rassismus innerhalb ihres Systems haben. Wie können sie sich dem Thema annähern?

Karim Fereidooni: Manchmal hilft der Blick von außen – wenn etwa bei pädagogischen Tagen Expert\*innen eingeladen werden, die von Studien zum Thema Rassismus berichten: Wo kommt er vor im Klassenraum oder im Lehrer\*innenzimmer? Eine Möglichkeit kann auch sein, eine kollegiale Fallberatung im rassismuskritischen Sinne durchzuführen oder Schüler\*innen zuzuhören, die andere Erfahrungen machen als weiß-deutsche Lehrkräfte. Das Prinzip des lebenslangen Lernens gilt auch für Lehrer\*innen! Wenn zwei oder drei Lehrer\*innen sich aufmachen, können sie die Schule von innen heraus verändern. Sie können zum Beispiel eine AG Rassismuskritik aufbauen, gemeinsam mit Schüler\*innen Unterrichtsmaterialien prüfen und schauen, wo schwarze, muslimische oder jüdische Menschen vorkommen. Und dann können sie eigene, bessere Materialien entwickeln. Letztlich geht es nicht darum, auf den großen Wurf

>>

der Politik zu warten. Wir können in den Bildungseinrichtungen und zu Hause im Kleinen schon viel bewirken.

### Welche strukturellen Veränderungen sollten darüber hinaus umgesetzt werden?

Karim Fereidooni: Ich fordere, wie viele andere Bildungsforscher\*innen auch, ein Sondervermögen für Bildung. Nur so können Kitas, Schulen und Hochschulen besser ausgestattet werden und es entstehen zum Beispiel Freiräume für Lehrkräfte wie auch für Schüler\*innen. Projekte zur Demokratieförderung dürfen nicht finanziell reduziert werden – im Gegenteil: Viele wichtige Vereine und Initiativen brauchen die finanzielle Förderung, um für eine plurale Gesellschaft einzustehen. Abgesehen vom Geld brauchen wir eine Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen Rassismus, damit nicht nur Einzelpersonen irgendetwas unternehmen. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Es gibt viele gute Studien mit wertvollen Ergebnissen – doch häufig scheut sich die Politik davor, sie auch umzusetzen.

### Sie haben die Weiterbildung von Lehrkräften angesprochen. Wie sollten Veränderungen, auch in der Ausbildung, konkret aussehen?

Karim Fereidooni: Wir müssen dafür sorgen, dass Rassismuskritik angehenden Lehrkräften bereits in der ersten und zweiten Phase der Lehrer\*innenbildung als ganz normale Professionskompetenz beigebracht wird – und zwar flächendeckend und verpflichtend, damit sie es an die nachfolgenden Generationen weitergeben können. Ich mache das anhand eines Beispiels deutlich: In NRW sind wir als Fachdidaktiker\*innen angehalten, inklusionsspezifische Anteile

zu vermitteln. Ich wünsche mir von der NRW-Landesregierung eine Veränderung des Lehrerausbildungsgesetzes – damit wir als Lehrende gezwungen werden, stärker über Inhalte wie Demokratiefeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus zu sprechen. Vor allem aber müssen wir den jungen Lehrkräften beibringen, wie sie Unterricht zu diesen Themen machen.

### Mal angenommen, es würde gelingen, all diese Forderungen umzusetzen: Welche positiven Folgen gäbe es?

Karim Fereidooni: Wenn wir rassistisch-kritische Bildungsarbeit flächendeckend umsetzen, dann hat niemand Angst, in die Schule, die Kita oder die Uni zu gehen. Dann fühlen sich alle wertgeschätzt, und alle können entsprechend ihren Potenzialen gefördert werden. //

Die Fragen stellte Anne Petersohn.

freie Journalistin



## HAMAS-TERROR, GAZA-KRIEG UND NAHOST-KONFLIKT: 50 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR LEHRER\*INNEN

Mit der Eskalation der Gewalt in Israel und Gaza seit dem 7. Oktober 2023 ist das Sprechen über den Konflikt im Nahen Osten noch einmal schwieriger geworden. Wie können Lehrkräfte das wichtige, aber hochkomplexe Thema im Unterricht aufgreifen? Seine Erfahrungen aus zahlreichen Lehrer\*innenfortbildungen hat Karim Fereidooni in 50 Handlungsempfehlungen überführt.

**Alle Empfehlungen im Detail:**

[t1p.de/fereidooni-nahostkonflikt](http://t1p.de/fereidooni-nahostkonflikt)

# Gelingendes Aufwachsen ermöglichen

Kinder sind unterschiedlichen Zumutungen beim Aufwachsen ausgesetzt – Armut, Stress, Gewalt- oder Fluchterfahrung sind nur einige davon. Schule und das Kollegium vor Ort kann diesen begegnen, statt sie individuell wegzunehmen. Ein Forschungsprojekt untersucht, wie gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen gestaltet werden kann. Den Resilienz-begriff betrachten die Wissenschaftler\*innen dabei differenziert.

Es gibt zahlreiche Resilienztrainings, die den Teilnehmenden versprechen, Krisen und Zumutungen des Lebens nicht nur zu meistern, sondern darüber hinaus gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Zwar hat sich im sozialwissenschaftlichen Kontext stets Widerstand gegen ein solch bis in die Haarspitzen neoliberalen Resilienzverständnis formiert, aber allein der Umstand, dass ein Konzept zurechtgerückt und eingeordnet werden muss, zeigt seinen umstrittenen Status an. Unter der Überschrift „Konstellationen der Resilienz von Kindern“ hat sich ein Zusammenschluss von Forscher\*innen der Technischen Hochschule Köln und des Instituts für soziale Arbeit e. V. (ISA) 2021 auf den Weg gemacht, um im Rahmen der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Abbau von Bildungsbarrieren“ zum Thema Resilienz zu forschen. Dabei wurde der Begriff der Konstellation in das Projekt eingeführt, um zu vermeiden, Resilienz als eine individuelle Eigenschaft zu begreifen.

## Resilienz als Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts

Als wir unsere Forschungsreise antraten, war der Konstellationenbegriff also eher ein Gegenbegriff und inhaltlich sehr vage. Als explorativ-qualitatives Forschungsprojekt galt es überhaupt erst, Konstellationen begrifflich näher zu umreißen. Dazu führten wir zunächst an Grundschulen Gruppeninterviews, bei denen neben Lehrkräften teilweise auch die Schulsozialarbeit vertreten war, und regten Gruppendiskussionen zum Thema „gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen“ an. Auch diese normativen Begriffe ließen wir offen und überließen sie damit der Definitionsmacht der Befragten. Anschließend sprachen wir mit Kindern, die uns von den Lehrer\*innen als resilient empfohlen wurden, interviewten deren Eltern und weitere involvierte Akteur\*innen wie Familienhelfer\*innen. (→ Abbildung 1)

>>

+ + +

**Institut für soziale Arbeit e. V. (ISA)  
und Technische Hochschule (TH) Köln:  
Verbundprojekt *Konstellationen der  
Resilienz von Kindern (KoReKi)***

[tip.de/forschungsprojekt-resilienz-kinder](http://tip.de/forschungsprojekt-resilienz-kinder)

**Nachrichtenportal Soziopolis: Ulrich  
Bröckling (2017) – Resilienz. Über einen  
Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts**

[tip.de/broeckling-resilienz](http://tip.de/broeckling-resilienz)

25

06

24

## BILANZTAGUNG: KOREKI GEMEINSAM WEITERDENKEN

Was genau ermöglicht gelingendes Aufwachsen in von Armut betroffenen Milieus? Im Rahmen der Bilanztagung werden zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts *Konstellationen der Resilienz von Kindern (KoReKi)* vorgestellt und mit einer interessierten Fachöffentlichkeit aus Wissenschaft und Praxis in ihrer Bedeutung für schulische, pädagogische und kommunal- beziehungsweise bildungspolitische Handlungsfelder diskutiert. Ziel der Bilanztagung ist es, gemeinsam Ansatzpunkte für den weitergehenden Abbau von Bildungsbarrieren zu identifizieren und in die eigenen Netzwerke mitzunehmen.

### Wann?

Dienstag, 25. Juni 2024, 10–16 Uhr

### Wo?

Tagungshotel Wyndham Duisburger Hof  
Die Teilnahme ist kostenfrei.

### Anmeldung zur Bilanztagung bis 14. Juni 2024

[t1p.de/anmeldung-bilanztagung](http://t1p.de/anmeldung-bilanztagung)

Kulturosoziologe Ulrich Bröckling beschreibt Resilienz als Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts und verweist darauf, dass diesem eine Paradoxie eingeschrieben sei. Und es existiere eine Verwandtschaft zum Begriff der Prävention: Geht es beim Konzept der Prävention um Vermeidung, indem ein Problem gelöst wird, das noch gar nicht eingetreten ist, wünscht man sich, durch Resilienz Krisen zu bewältigen, die bislang im Bereich des Unbekannten liegen. Nicht zufällig machte der Begriff im Nachgang zu den Anschlägen auf das World Trade Center Karriere. Paradoxien machen Konzepte soziologisch interessant. Sie zeigen an, dass Akteur\*innen am Werk sind, die handeln und nicht nur wie Automaten reagieren.

### Den Umgang mit Zumutungen haben wir nie bedingungslos in der Hand

In unserem Fall geht es meist um gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen. Oft wird von den Befragten gelingendes Aufwachsen mit Schulerfolg gleichgesetzt; etwas, das wir aus der statistischen Operationalisierung kennen, nach der Grundschulen etwa mit Übergangsquoten zum Gymnasium bewertet werden. Im Konkreten haben wir beispielsweise mit Kindern gesprochen, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind. Sie stehen zu Hause und in der Schule vor verschiedensten Herausforderungen, haben aber dennoch eine Übergangsempfehlung zum Gymnasium bekommen. Manche der Kinder passen voll und ganz in das Paradigma der unermüdet Fleißigen, bringen es aber dennoch nicht so weit wie ihre Klassenkamerad\*innen aus privilegierten Elternhäusern und entlarven den Anspruch auf ein leistungsgerechtes Schulsystem als ein nicht eingelöstes Versprechen.

Auch Lehrkräfte gehen unterschiedlich mit den Zumutungen des Alltags um, die ihr Beruf mit sich bringt. Wobei die Formulierung genau genommen falsch ist, weil sie nahelegt, dass Lehrer\*innen eben jenen Umgang bedingungslos in der Hand hätten. Bleiben wir also zunächst auf der Beschreibungsebene: Wir führten Interviews an einer Grundschule, welche in einem Stadtteil liegt, der bereits bundesweit als sozialer Brennpunkt durch die Presse ging. An dieser Schule werden kollektiv die meisten Erwartungen, die

man an einen „normalen“ Schulbetrieb stellen könnte, hinterfragt und zurückgestellt – vermutlich weil die Bedingungen es nicht anders zulassen. Das geht sogar so weit, dass es Bestrebungen gibt, neben dem offiziellen Zeugnis ein weiteres Zeugnis einzuführen, das andere Kompetenzen abbildet, die ansonsten untergehen würden.

### **Es braucht mehr als Optimismus und Training, um den Hebel umzulegen**

Während an anderen Grundschulen Kinder morgens ausgesperrt werden, um sie und ihre Eltern zur Pünktlichkeit zu disziplinieren, ist man an dieser Schule froh, wenn die Kinder überhaupt den Weg zur Schule finden. Auch gibt es dort kein Klagen über eine marode Bausubstanz oder ein mangelndes Engagement der Eltern. Letzteres wird eher als Chance begriffen, mit den Kindern pädagogisch arbeiten zu können. Anderenorts übliche Erwartungen fallen zu lassen, bewirkt zudem eine Öffnung für das Erleben pädagogischer Selbstwirksamkeit. Die Kinder werden nach dem alten Grundsatz dort abgeholt, wo sie stehen, und nicht zurückgelassen, weil sie bestimmte Standards nicht erfüllen. Eben weil die Grenzen des pädagogisch Vermittelbaren an die vorgefundenen Bedingungen angepasst werden, öffnen sich weitere Türen. Manche Kinder beginnen, sich von selbst für die offiziellen Unterrichtsinhalte zu begeistern.

Hängt nun alles von den Deutungsmustern vor Ort ab? Gewiss ist es so, dass dieselbe Situation unterschiedlich interpretiert werden kann. Nicht umsonst wird das halb gefüllte Wasserglas im Resilienzkontext oft zitiert und damit suggeriert, dass wir es selbst in der Hand haben. Und ja: Optimismus mag beispielsweise helfen, Situationen zu lösen, die auf den ersten Blick unlösbar erscheinen. Optimistische Deutungsmuster lassen sich aber nicht herbeischnipsen, sondern sie enthalten einen Moment der Unverfügbarkeit. Denn wenn der Pessimismus als Misstrauen gegenüber der kontingenten Zukunft in der Welt ist und darüber hinaus durch Erfahrungen in der Vergangenheit gestützt wird, braucht es nicht einfach nur ein bisschen Training, um den Hebel umzulegen.

### **Wie macht Schule gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen möglich?**

In der Forscher\*innengruppe müssen wir uns von Zeit zu Zeit wechselseitig daran erinnern, dass die unterschiedlichen Herangehensweisen an den pädagogischen Alltag höchstwahrscheinlich nicht über das individuelle Erwartungsmanagement zu erklären sind, sondern dass Erwartungen auf eine Konstellation treffen, die wiederum bestimmte Strategien begünstigen. Unsere Interpretation läuft im Kern darauf hinaus, dass die Bereitschaft zur Reorganisation von Erwartungen dann begünstigt wird, wenn hegemoniale Erwartungen sehr massiv infrage stehen und darüber hinaus Out-of-the-Box-Strategien in der Umwelt – etwa der Zivilgesellschaft oder der Elternschaft – als Lösungsmöglichkeit anerkannt werden.

Diese Anerkennung zu organisieren, halten wir für möglich. Hierzu bedarf es Netzwerke, in denen relevante Akteur\*innen zusammenfinden, die die Lebenswelt Schule gestalten und sich gegenseitig hören und stützen. Überhaupt macht es unseres Erachtens einen großen Unterschied, ob sich das Kollegium mit seinen Problemen vor Ort gehört fühlt oder eben nicht. Welche weiteren Konsequenzen und Gestaltungsmöglichkeiten sich aus unseren Forschungsergebnissen ableiten lassen, möchten wir im Rahmen unserer Bilanztagung (→ Infokasten) gemeinsam mit Vertreter\*innen verschiedener Praxisfelder diskutieren. //

**Jörg Kohlscheen und Barbara Umrath**

Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen im Projekt  
*Konstellationen der Resilienz von Kindern (KoReKi)*

# Hallo, ich bin Jasmin Selma.

„Wer kämpft, kann verlieren.  
Wer nicht kämpft, hat schon  
verloren.“



**Mein Name und Alter:**

Jasmin Selma Turgay, 33 Jahre

**Heute arbeite ich als:**

Grundschullehrerin

**Das wollte ich als Kind immer werden:**

Sekretärin oder Geigerin

**So würde ich mich mit drei Worten beschreiben:**

neugierig, musikalisch, kommunikativ

**Damit verbringe ich meine Freizeit:**

mit singen, tanzen, meditieren und Yoga praktizieren. Am liebsten gehe ich meinen Hobbys in der Natur oder am Meer nach.

**Aus diesem Grund bin ich Mitglied geworden:**

Ich bin 2020 Mitglied geworden, um Unterstützung zu bekommen, wenn meine Rechte verletzt werden.

**Das bedeutet Gewerkschaft für mich:**

gemeinsam füreinander einzustehen

**Mein schönstes GEW-Erlebnis:**

die Treffen und der Austausch zu anderen GEW-Kolleg\*innen und das produktive Brainstormen zu neuen Aktionen und Projekten innerhalb der Gewerkschaft



Foto: Anna Dex

## Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

### Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW  
Nünningstraße 11, 45141 Essen

### Redaktion

Vanessa Glaschke, Anja Heifel-Rohden  
Stefan Brackertz, Sabine Flögel (verantwortliche  
Redakteur\*innen)

### E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de  
leserbrief@lautstark-magazin.de

### Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

### Layout und Satz des Onlinemagazins

büreau – raum für gestaltung, Alica Kronenberg

### Lektorat

Ulrike Dorgeist, Annette Gillich-Beltz

### GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Telefon: 0201 2940301, Fax: 0201 2940351  
E-Mail: info@gew-nrw.de

### Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Geschäftsführung: Martin Bens  
Telefon: 0201 2940306, Fax: 0201 2940314  
E-Mail: office@nds-verlag.de

### Anzeigen

Sabine Biermann  
Telefon: 0201 2940306  
E-Mail: sabine.biermann@nds-verlag.de

### Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

### Papier

Umschlag: Circle Volume White, 170 g / m<sup>2</sup>  
Innenteil: Steinbeis Select, 100 g / m<sup>2</sup>

### Auflage

46.000, Erscheinungsweise: 5 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und stattdessen die Onlineveröffentlichung unter gew-nrw.de/magazin nutzen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

Der Jahres-Abo-Preis außerhalb der GEW-Mitgliedschaft beträgt 39 Euro.  
Bestellung: office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelbild: Dominik Türk / pexels.com

gew-nrw.de/magazin  
gew-nrw.de  
nds-verlag.de

# lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

2. JULI 2024

## Übergänge und Brüche im Bildungssystem

In der nächsten Ausgabe blicken wir auf Übergänge und Brüche im Bildungssystem und fragen: Wie werden Übergänge im Bildungssystem gestaltet? Wie gelingen sie gut und wo und warum hakt es? Wie steht es um den Schulversuch des längeren Gemeinsamen Lernens an PRIMUS-Schulen? Welche Rolle spielen Eltern für eine gelingende Bildungsbiografie? Welche Aufgaben hat das kommunale Bildungsmanagement? Vor welchen Herausforderungen stehen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte? Was müssen Lehrkräfte hinsichtlich einer Versetzung beachten? Und welche Bedeutung kommt dem zweiten Bildungsweg zu?



[www.blauer-engel.de/uz195](http://www.blauer-engel.de/uz195)

Dieses Druckprodukt wurde mit dem  
Blauen Engel ausgezeichnet.

LF8

# KOMPETENT BERATEN – WERDE SCHULCOACH



## SAVE THE DATE – TERMINE FÜR DIE WEITERBILDUNG ZUM SCHULCOACH

Termine: 13./14. September 2024  
8./9. November 2024  
14./15. Februar 2025  
9./10. Mai 2025

Uhrzeiten: freitags 9 bis 16.30 Uhr  
samstags 9 bis 15 Uhr

Anmeldung:

[t1p.de/schulcoach](https://t1p.de/schulcoach)



## LASS DICH FORTBILDEN!

In der acht Termine umfassenden Weiterbildung **SchulCoach 2024** lernen Teilnehmende, wie sie zielführende Beratungsgespräche mit Schüler\*innen, Kolleg\*innen, Lehramtsanwärter\*innen, Schulleitungen und Eltern führen, und erhalten ein breites Repertoire an Methoden, Visualisierungsformen, hilfreichen Fragen und Impulsen.

Voraussetzung für die Teilnahme ist eine zweitägige Einführung ins Coaching oder eine vergleichbare Fortbildung wie unserer Veranstaltung **Beraten ohne Ratschläge** am 24. und 25. Mai 2024.

**Online anmelden und nach weiteren Fortbildungen stöbern**

[t1p.de/beraten-ohne-ratschlaege](https://t1p.de/beraten-ohne-ratschlaege) [gew-nrw.de/veranstaltungen](https://gew-nrw.de/veranstaltungen)